



Wortprotokoll

über die 19. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 21. Oktober 2015

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Schmid

3. Bürgermeisterin

Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Protokoll

Henn, Uhner, Maier, Frei, Peisl, Niedermayer

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 21. Oktober 2015

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor

StRin Burkhardt

StRin Caim

StR Dr. Dietrich

StRin Frank

StRin Grimm

StRin Kainz

StR Kuffer

StRin Dr. Menges

StR Offman

StRin Dr. Olhausen

StRin Pfeiler

StR Podiuk

StR Pretzl

StR Quaas

StR Sauerer

StR Schall

StR Schlagbauer

StR T. Schmid

StR Seidl

StR Stadler

StR Straßer

StR Dr. Theiss
StR Zöllner

SPD:

StRin Abele
StR Amlong
StRin Boesser
StRin Burger
StRin Dietl
StRin Hübner
StR Kaplan
StR Liebich
StRin Messinger
StR Dr. Mittermaier
StR Müller
StR Naz
StR Reissl
StRin Rieke
StR Röver
StR Rupp
StR H. Schmid
StRin Schönfeld-Knor
StRin Dr. Söllner-Schaar
StRin Volk
StR Vorländer
StRin Zurek

Bündnis 90/Die Grünen/RL:

StR Danner
StRin Demirel
StRin Dietrich
StRin Habenschaden
StRin Hanusch
StRin Koller
StR Krause
StRin Krieger
StR Monatzeder
StRin Nallinger
StR Niederbühl (RL)
StR Dr. Roth

Freiheitsrechte, Transparenz und

Bürgerbeteiligung:

StR Dr. Heubisch (FDP)
StR Dr. Mattar (FDP)
StR Ranft (Piraten)
StR Zeilinhofer-Rath (HUT)

Bürgerliche Mitte – FW/BP:

StR Altmann (FW)
StRin Sabathil (FW)
StR Dr. Assal (SPD)
StR Progl (BP)

DIE LINKE.:

StR Oraner
StRin Wolf

ÖDP:

StRin Haider

StR Ruff

ALFA:

StR Wächter

Bürgerinitiative

Ausländerstopp (BIA):

StR Richter

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Blume-Beyerle
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Bfm. StR	Dr. Küppers
Bfm. StR	Markwardt
Bfm. StRin	Meier
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Stadtschulrat	Schwepe
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	11
<u>OB Reiter:</u>	11
Zur Tagesordnung.....	11
<u>StR Dr. Mattar:</u>	11
<u>OB Reiter:</u>	13
<u>StR Dr. Mattar:</u>	13
<u>OB Reiter:</u>	13
<u>StR Dr. Roth:</u>	13
<u>OB Reiter:</u>	14
<u>StR Dr. Roth:</u>	14
<u>OB Reiter:</u>	14
<u>StR Dr. Roth:</u>	15
<u>OB Reiter:</u>	15
<u>StRin Wolf:</u>	15
<u>StR Altmann:</u>	15
<u>StR Wächter:</u>	16
<u>OB Reiter:</u>	16
Mehrjahresinvestitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019.....	18
<u>OB Reiter:</u>	18
Anmietung von Räumen.....	18
Zusätzlicher Personalbedarf im Sozialreferat/Stadtjugendamt.....	19
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	19
Konferenz Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung.....	19
Förderung von bürgerschaftlichem Engagement.....	20
Förderung freier Träger.....	20
dIKA im Sozialreferat.....	21

StR Dr. Mattar:.....	21
Armutsbericht 2017.....	21
Broschüre „Günstiger leben in München“.....	22
Qualitätsinitiative stationäre Altenpflege.....	22
Programm zur Verbesserung der Qualität in der ambulanten und teilstationären Pflege.....	22
Programm zur Verbesserung der Qualität in der vollstationären Pflege.....	23
Kälteschutzprogramm der Landeshauptstadt München.....	23
StRin Demirel:.....	23
StR Wächter:.....	23
Münchner Online-Jugendbefragung.....	24
StR Altmann:.....	24
Frühe Förderung/Familienbildung.....	24
Weiterentwicklung der Angebote der Berufsbezogenen Jugendhilfe.....	25
Zusätzlicher Personalbedarf im Sozialreferat/Stadtjugendamt.....	25
Münchner Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016.....	26
Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB.....	26
Fortschreibung Wohnen in München V.....	26
Inklusion im Kindertageseinrichtungs- und Schulbereich.....	27
Geplantes Naturschutzgebiet „Südliche Fröttmaninger Heide“.....	28
OB Reiter:.....	28
Herr Lederer-Piloty (Vorsitzender BA 12):.....	28
StR Rupp:.....	31
OB Reiter:.....	31
StR Ruff:.....	32
StRin Krieger:.....	34
OB Reiter:.....	39
StRin Dr. Menges:.....	39
StR Altmann:.....	43
OB Reiter:.....	45

Herr Lederer-Piloty:.....	45
StR Quaas:.....	45
StRin Krieger:.....	48
BM Schmid:.....	49
StRin Krieger:.....	49
BM Schmid:.....	50
Ankauf von 5 bebauten Grundstücken.....	51
StR Dr. Mattar:.....	51
StRin Wolf:.....	52
StR Podiuk:.....	53
StR Reissl:.....	53
StR Dr. Mattar:.....	53
StR Pretzl:.....	55
StR Dr. Mattar:.....	57
BM Schmid:.....	57
Sicherung der sozialen Infrastruktur für die Bevölkerungsgruppe der Lesben, Schwulen.....	58
StR Altmann:.....	58
StR Richter:.....	58
BM Schmid:.....	59
Stadt- und Fluss - Rahmenplanung innerstädtischer Isarraum.....	60
StR Ruff:.....	60
Ökologische Mustersiedlung in der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne.....	62
Frau Dr. Pilz-Strasser (Vorsitzende des BA 13):.....	62
StR Danner:.....	64
StRin Rieke:.....	67
StR Ruff:.....	69
StR Dr. Mattar:.....	70
StRin Krieger:.....	71
StRin Rieke:.....	73

Bfm. StRin Jacobs:..... 74

StR Danner:..... 75

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:13 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gedenken heute, wie es gute Tradition ist in unserer Vollversammlung, der verstorbenen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unsere Gedanken sind insbesondere bei ihren Angehörigen und Familien. Zum Zeichen dieses Gedenkens haben Sie sich erhoben. Vielen Dank!

Zur Tagesordnung

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben seit wenigen Tagen die Information, dass die Finanzsituation der Stadt München in jedem Fall für 2016 und folgende dramatisch einbrechen wird. Gestern im Finanzausschuss hat die Verwaltung selbst den Nachtragshaushalt abgesetzt, auch die Vorlage zur Schuldentilgung und, sehr überraschend, eine statistische Mitteilung über die Finanzsituation zum 30.09.2015. Obwohl daran wahrscheinlich nicht viel zu ändern ist, wurde auch dieser Punkt gestern abgesetzt.

Aus diesem Grunde ist es nur folgerichtig, wenn wir auch heute alles absetzen, was finanzwirksam ist und nicht wirklich dringend notwendigerweise heute beschlossen werden muss. Dazu gehört

zum Beispiel „Smart City“. Wenn wir das heute nicht beschließen, würden wir die Bewerbung verlieren. Aber bei einem großen Teil der Tagesordnung ... - (StR Kaplan: Der nichtöffentliche Teil ist auch betroffen!) - Werter Herr Kaplan, darauf habe ich aufgepasst. Die Punkte, die aus meiner Sicht durchaus Aufschieben dulden, habe ich aufgerufen. Deshalb kann ich jetzt auch für diese Teile der nichtöffentlichen Sitzung um die Absetzung bitten.

Es macht auch überhaupt keinen Sinn, über das MIP zu beschließen, wenn wir andererseits noch nicht mal einen Nachtragshaushalt beschließen können. Dann muss auch TOP A 3 ö abgesetzt werden. In Konsequenz gilt das auch für die weiteren Tagesordnungspunkte, die ebenfalls Kostenfestlegungen darstellen, wie folgende:

- A 5,
- B 2 bis B 16,
- B 18 bis B 21,
- B 23 bis B 26,
- B 28,
- B 35,
- B 42
- und im nichtöffentlichen Teil A 6.

Bei TOP A 6 nö geht es um über 200 Mio. €. Das kann ich in öffentlicher Sitzung sagen, weil in der öffentlichen Vorlage des Nachtragshaushalts schon zu lesen ist, dass die Stadt für mehr als 200 Mio. € Immobilien der Stadtwerke erwerben will. Dieser Punkt ist insoweit öffentlich. Ich möchte damit auch darauf hinweisen, wie wir hier im Stadtrat verfahren. Es ist nicht akzeptabel, wenn wir einen so wichtigen Punkt nur im nichtöffentlichen Teil behandeln. Ich habe nichts dagegen, solange wir Detailfragen beraten. Hier geht es aber um die Grundsatzfrage: Wollen wir durch einen solchen Beschluss die Stadtwerke vor einer Finanzkrise retten? In der Größenordnung von 200 Mio. € bedeutet das, eine Notmaßnahme für die Stadtwerke zu treffen. Die Aufstockung des Eigenkapitals haben wir bereits in der letzten Vollversammlung beschlossen. Das ist inzwischen auch bekannt, weil es vollzogen werden muss. Aber hier geht es um Grundstücke, um Betriebsgrundstücke.

OB Reiter:

Aber Herr Kollege, bei allem Respekt und aller Wertschätzung: Wir reden zur Tagesordnung und Ihr Beitrag ist ein bisschen weit gefasst.

StR Dr. Mattar:

Die Forderung lautet also: Wenn Sie der Absetzung nicht folgen, bitten wir, Punkt A 6 auch öffentlich zu behandeln, im A-Teil. - (OB Reiter: Das habe ich verstanden! BMin Strobl: Ja!) - Weiter hätten wir gerne Punkt B 8 abgesetzt. Dort verursacht der öffentliche Teil der Befragung Kosten. Wir bitten einfach darum, die kostenwirksamen Punkte abzusetzen, wenn man schon die Schuldentilgung abgesetzt hat. Andernfalls wäre es ein verheerendes Zeichen, wenn wir keine Schulden mehr tilgen, aber weiter alles ausgeben.

OB Reiter:

Herr Dr. Roth, bitte, sprechen Sie aber zur Tagesordnung.

StR Dr. Roth:

Vielen Dank für den Hinweis. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Tagesordnung haben wir durchaus einige Fragen, sowohl hinsichtlich dessen, was nicht auf der Tagesordnung steht, als auch hinsichtlich dessen, was nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Die Information dazu war durchaus dünn. Bis vor Kurzem hieß es noch: Klar, es kommen die normalen Haushaltsberatungen – und dann? Von unserer Fraktion haben nur diejenigen davon erfahren, die am 09. Oktober beim Kämmerei-Seminar waren. Danach gab es eine Pressemitteilung des Oberbürgermeisters am 15. Oktober. Wir haben ein Fax bekommen. Das war aber nicht unbedingt eine tiefgreifende Information.

Wir wollten fragen: Was sind denn die Ursachen, dass so kurzfristig alles abgesetzt wird? Das ist durchaus ein beispielloser Vorgang. Ich bin noch nicht so lange im Stadtrat, seit sieben Jahren. Ich habe es noch nicht erlebt, dass alles abgesetzt und der Haushalt nicht zu diesem Zeitpunkt behandelt wird. Ich habe aber auch sehr altgediente Kollegen wie Herrn Monatzeder gefragt. Auch er konnte sich nicht daran erinnern. Für diese außergewöhnliche Situation muss man schon tiefergreifende Begründungen anbieten. Es wurden Erklärungen gegeben, die uns aber nicht wirklich ausreichen. Was ist denn passiert, dass das wie ein Blitz aus heiterem Himmel notwendig wurde? Was ist denn passiert?

Wir haben jetzt drei Punkte gelesen: Der eine Punkt ist: Die Gewinne der Stadtwerke sind eingebrochen. Das war seit mindestens einem Jahr ein offenes Geheimnis. Warum haben das die Stadtspitze und die Große Koalition ... - (Zwischenrufe aus den Reihen der CSU: Was hat das mit der Tagesordnung zu tun? Zur Tagesordnung, bitte! - Unruhe)

OB Reiter:

Ich würde bitten, dass wir uns an normale demokratische Gepflogenheiten halten. Das heißt, der Redner hat noch das Wort und ich erlaube mir, selbst einzugreifen, wenn ich das Gefühl habe, dass es zu lange dauert, wie gerade beim Kollegen Dr. Mattar. Ich bitte aber auch, zum Punkt zu kommen und keine Grundsatzrede zum Thema Haushalt zu halten. Wir reden jetzt zur Tagesordnung.

StR Dr. Roth:

Ich halte keine Grundsatzrede zum Haushalt. Ich stelle Fragen, wie es dazu gekommen ist, dass bis Anfang Oktober noch irgendwie haushaltsrelevante Beschlüsse et cetera und plötzlich, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, - (OB Reiter: Ja, die Frage ist ja angekommen!) - Plötzlich, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, ist es passiert, dass kurzfristig alles abgesetzt wurde, auch noch scheinbarweise. - (OB Reiter: Ich werde es Ihnen erklären. Ob Sie zufrieden sind, weiß ich nicht!) - Erst wurde abgesetzt ... - (OB Reiter: Ja, das wissen wir doch alles, Herr Dr. Roth) - Der Haushalt 2016 ... - (Zwischenruf von StR Kaplan – StRin Demirel: Lass ihn doch ausreden!) -

Am Montagmorgen in der Sitzung des Ältestenrats wussten wir noch nicht, dass auch noch der Nachtragshaushalt und die Schuldentilgung abgesetzt werden. Um 10:30 Uhr wurden diese Punkte plötzlich auch abgesetzt. Was war der Grund, das so kurzfristig zu entscheiden? Das Thema Stadtwerke müsste schon länger bekannt sein. Die Geschäftsführung der Stadtwerke hatte schon länger Kenntnis. Sie hätte es dem Betreuungsreferenten, Herrn Schmid, melden können. Er hätte es bei der Kämmerei und beim Oberbürgermeister einbringen können. Der Grund ist schon länger bekannt. Das Personal- und Organisationsreferat wusste auch schon länger, dass sich Personalauszahlungen vermehrt haben. Warum wurde das der Kämmerei so kurzfristig gemeldet, dass ein aktueller Haushalt nicht mehr möglich war? Warum wurden bisher beim MIP und im Zusammenhang mit großen Vorhaben ungefähr 4 Milliarden Euro für den Schulbau vorgesehen und plötzlich ist vom doppelten Betrag die Rede? Warum hat sich das so kurzfristig ergeben?

OB Reiter:

Mündet Ihr Vortrag in einen Geschäftsordnungsantrag oder nicht, Herr Dr. Roth?

StR Dr. Roth:

Das möchten wir gerne wissen. - (OB Reiter: Gibt es jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung?) -
Danke schön. - (Vereinzelt Beifall)

OB Reiter:

Ich habe trotz langer Begründung keinen Antrag zur Geschäftsordnung erkannt. Wir reden zur Tagesordnung. Da gibt es nur einen Geschäftsordnungsantrag! Den hat erkennbar Herr Dr. Mattar gestellt! Frau Wolf bitte! - (StRin Demirel: Du musst so reden, dass es Zustimmung gibt!)

StRin Wolf:

Das ist ganz leicht. Ich wollte mich eigentlich dagegen aussprechen, dem unsinnigen Vorschlag des Kollegen Dr. Mattar zu folgen. - (Zwischenrufe, Unruhe) - Kolleginnen und Kollegen! Bitte lasst uns bei dem Thema bleiben Das betrifft die heutige Tagesordnung . - (Zwischenrufe, Unruhe) - Ich möchte gegen die Absetzung dieser Punkte sprechen. Herr Kollege Dr. Mattar, ich bin auch gegen die Absetzung des MIP. Dabei geht es lediglich um eine Kenntnisnahme und den Verweis in die Fachausschüsse. Den Tagesordnungspunkt kann man durchaus heute beraten. Das wird in den Fachausschüssen und im Dezember im Zusammenhang diskutiert. Das muss nicht abgesetzt werden. Die anderen Punkte der Tagesordnung, die haushaltswirksam werden, sind wichtig. Wir haben sie in den Ausschüssen alle als sachlich und fachlich notwendig bewertet. - (Heiterkeit bei einzelnen Stadtratsmitgliedern) - Außerdem haben wir aktuell keinen Haushaltsnotstand. Wir haben die höchsten Gewerbesteuereinnahmen aller Zeiten, sie reden von einer zusätzlichen Tilgung von 150 Mio. €. Für panikartige Aktionen gibt es überhaupt keine Notwendigkeit. Danke!

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich Frau Wolf antworten: Diese Hysterie ist nicht aus dem Stadtrat gekommen. Sie ist uns von der ... - (Zwischenrufe) - Das ist nicht der Stadtrat! Das hat uns eigentlich die Verwaltung vor die Füße geworfen. Es ist für uns alle überraschend gekommen, über Nacht: Der Haushalt wird verschoben, weil er nicht finanzierbar ist. So ist das bei uns angekommen. Da ist es doch unser gutes Recht, nachzufragen und zu fordern: Bitte erklärt es uns! Wir könnten auch sagen: Wir haben immer gehört, München geht es gut, wir haben Geld, wir wissen gar nicht, wohin damit. Auf einmal - über Nacht - ist das Geld nicht mehr da, und wir müssen alles zurückschrauben. Deshalb möchte ich gerne Auskunft bekommen, wie die Lage ist. Wenn man schon den Haushalt insgesamt in diesem Monat von der Tagesordnung abgesetzt hat, dann ist es auch richtig, die Beschlüsse über zahlungswirksame Vorgänge und Investitionen ebenfalls in das Haushaltsplenum im November zu verschieben. Es kann nämlich nicht

sein, dass wir heute die freiwilligen Leistungen durchwinken. Ich spreche jetzt nur von einem groben Überblick. Das alles muss in den Haushalt und darüber muss im Zusammenhang diskutiert und beraten werden. Daher bin ich einverstanden, das alles in den November zu vertagen.

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte die gleiche Idee. Ich fasse mich kurz und stelle den Antrag auf Vertagung in die Vollversammlung der Punkte A 4 bis B 33, ohne B19 (Kälteschutzprogramm), wenn das so möglich ist. Ich möchte es nur kurz unterfüttern. Ich bin ganz bei Herrn Dr. Mattar. Als Beispiel zitiere ich aus der Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt B 2 ö - Angebote der Jugendsozialarbeit in die Regelförderung übernehmen. Auf Seite 15 finden Sie den Kommentar des Stadtkämmerers. Daraus folgender Absatz:

„Es war stets bekannt, dass die Finanzierung der Angebote nur für einen befristeten Zeitraum erfolgt. Daher ist nicht einzusehen, weshalb die Landeshauptstadt nach Beendigung der Förderung durch den Bund sämtliche Angebote in die Regelförderung übernimmt und aus eigenen Mitteln finanziert.“

Ich war gestern im Finanzausschuss nicht dabei, kann aber auch die Presse lesen. Der Nachtragshaushalt wird vom Kämmerer zurückgenommen. Wir können unmöglich bis zur nächsten Vollversammlung solche Beschlüsse heute durchwinken. Vielen Dank!

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, in kurzen Sätzen zu erläutern, was passiert ist. Zuallererst: Es besteht überhaupt kein Anlass zu irgendeiner Besorgnis. Es ist nichts wirklich Spektakuläres passiert. Wir werden auch in diesem Jahr, wie immer in den letzten 25 Jahren, den Haushalt im Dezember beschließen. Wir werden ihn mit mehr oder weniger großen Mehrheiten beschließen, aber jedenfalls im Dezember, wie in den letzten Jahrzehnten auch.

Folgendes ist passiert: Der Kämmerer hat mir vorgeschlagen, die Einbringung des Haushalts zu verschieben. Es hat aktuell sowohl auf der Einnahmeseite, also auch auf der Ausgabeseite Veränderungen gegeben. Diese waren in dem Planwerk, das er ursprünglich vorlegen wollte, nicht enthalten. Ich teile seine Meinung, dass wir im Stadtrat auf der Grundlage von aktuellen Daten diskutieren sollten. Daher habe ich entschieden: Wir können unbeschadet alle Finanzthemen im November gemeinsam in einer großen Haushaltsdiskussion beraten. Dies gilt auch für das MIP, das noch auf der Tagesordnung steht. Sie können dann stundenlang zu den Themen reden, die Sie

gerade angesprochen haben, das macht überhaupt nichts aus. Ich lege Ihnen nur das vor, was aus meiner Sicht auch Ihrem Anspruch auf eine vernünftige Vorbereitung durch die Verwaltung entspricht. Als Herr über die Tagesordnung darf ich das auch so entscheiden. Heute war das nach Information des Kämmerers nicht mehr gegeben. Deshalb habe ich beschlossen, diese Themen nicht auf die Tagesordnung zu nehmen und die Einbringung in das Plenum im November zu verschieben.

Wie in den letzten Jahren werden wir im Dezember den Haushalt beschließen. Ich kann Sie auch beruhigen in Bezug auf die heutigen Beschlüsse. Der Haushalt 2016 wird - so oder so - finanziert sein. Ich gehe davon aus, wir werden Ihnen auch einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Machen Sie sich keine Sorgen, seien Sie konstruktiv wie bisher und kritisch bei den einzelnen Punkten. Sie können aber in aller Ruhe, heute beschließen, wenn Sie es inhaltlich für richtig halten, ohne Rücksicht auf die um einen Monat verschobene Einbringung.

Das ist alles, was es dazu zu sagen gibt. Die Unterlagen für den Haushalt werden Ihnen baldmöglichst zugeleitet. Ich hoffe, dass wir das rechtzeitig vor dem November-Plenum schaffen. Dann werden Sie ein aktuelles Zahlenwerk haben, auf dessen Basis Sie Ihre Entscheidungen fundiert treffen können. Das ist die Begründung für die heutige Tagesordnung. Ich werde es nicht bei jedem Einzelpunkt wiederholen. Es gibt zwei Geschäftsordnungsanträge und eine Gegenrede.

Der Antrag von StR Wächter auf Vertagung der von ihm benannten haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte in die Sitzung der Vollversammlung des Stadtrates im November wird gegen die Stimme von StR Wächter und die Stimme der BIA **abgelehnt**.

Der Antrag von StR Dr. Mattar auf Vertagung der von ihm benannten Tagesordnungspunkte in die Sitzung der Vollversammlung des Stadtrates im November wird gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, Bürgerliche Mitte – FW/BP, StR Wächter und BIA **abgelehnt**.

Mehrjahresinvestitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019

Aktensammlung Seite 2619

OB Reiter:

Ich schlage Ihnen vor, Tagesordnungspunkt A 3 des öffentlichen Teils ebenfalls in das nächste Plenum zu vertagen. Die Einbringung und Diskussion innerhalb eines Finanzthemas erscheint sinnvoll und notwendig.

Beschluss:

vertagt in die Sitzung der Vollversammlung des Stadtrates im November

Anmietung von Räumen

für eine offene Einrichtung für Jugendliche und

Heranwachsende von 14 bis 21 Jahren

Antrag Nr. 854 mehrerer Stadtratsmitglieder vom 30.03.2015

Aktensammlung Seite 2621

Beschluss:

Nach Antrag

**Zusätzlicher Personalbedarf im Sozialreferat/Stadtjugendamt
Abteilung Kinder, Jugend und Familie**

Aktensammlung Seite 2623

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 2, B 3, B 10, B 14 bis B 18, B 20 bis B 22, B 25, B 27, B 29 bis B 34, B 37, B 39, B 41, B 44 bis B 53, B 55 und B 61 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seite 2627, 2629, 2643, 2651 bis 2659, 2663 bis 2667, 2673, 2677, 2681 bis 2691, 2697, 2701, 2705, 2711 bis 2729, 2731 und 2733)

**Konferenz Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung
(Gender Budgeting)
Antrag Nr. 5196 mehrerer Stadträtinnen vom 28.02.2014**

Aktensammlung Seite 2625

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Förderung von bürgerschaftlichem Engagement
und Selbsthilfe im Sozialbereich**

Aktensammlung Seite 2631

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Förderung freier Träger
Antrag Nr. 850 von StRin Burkhardt
und StRin Grimm vom 27.03.2015**

Aktensammlung Seite 2635

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

dIKA im Sozialreferat
dezentrales Informations-, Kommunikations- und Anforderungsmanagement
Anpassung der personellen Kapazitäten

Aktensammlung Seite 2637

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, wir haben dagegen gestimmt, nicht etwa, weil wir in der Sache nicht völlig überzeugt wären. Wir meinen, dass wir diese Punkte, wie auch die folgenden, die ich noch benenne, unter dem Blickwinkel der Haushaltssituation beschließen sollten und nicht vorher. Die **Erklärung zur Abstimmung** gilt für folgende Punkte: **B 8, B 9, B 11, B 12, B 13, B 23, B 24, B 28 und B 35**. Bei all diesen Punkten gilt die gleiche Erklärung zur Abstimmung. So können wir uns das Procedere leichter machen.

Armutbericht 2017
Finanzierung

Aktensammlung Seite 2639

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung und Bürgerliche Mitte - FW/BP):

Nach Antrag

**Broschüre „Günstiger leben in München“
Finanzierung aktualisierte Neuauflage 2016**

Aktensammlung Seite 2641

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung
und StR Wächter):

Nach Antrag

**Qualitätsoffensive stationäre Altenpflege
Umsetzung der Ergebnisse aus der
Studienfahrt in die Schweiz**

Aktensammlung Seite 2645

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung):

Nach Antrag

Programm zur Verbesserung der Qualität in der ambulanten und teilstationären Pflege

Aktensammlung Seite 2647

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung):

Nach Antrag

Programm zur Verbesserung der Qualität in der vollstationären Pflege

Aktensammlung Seite 2649

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung und StR Wächter):

Nach Antrag

Kälteschutzprogramm der Landeshauptstadt München Evaluation der Kälteperiode 2014/2015

Aktensammlung Seite 2661

StRin Demirel:

Ich stelle den Änderungsantrag aus dem Sozialausschuss vom 08.10.2015 erneut.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL aus dem Sozialausschuss vom 08.10.2015 wird gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion, von DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme von StR Wächter **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Wächter:

Wie im Ausschuss

Münchner Online-Jugendbefragung

Aktensammlung Seite 2669

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung,
Bürgerliche Mitte - FW/BP, BIA und ALFA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Altmann:

Wie im Ausschuss.

Frühe Förderung/Familienbildung Ausbau der Förderungsprogramme Opstapje und ELTERNTALK

Aktensammlung Seite 2671

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung
und StR Wächter

Nach Antrag

**Weiterentwicklung der Angebote
der Berufsbezogenen Jugendhilfe
Antrag Nr. 513 von mehreren
Stadtratsmitgliedern vom 04.12.2014 und
Antrag Nr. 350 von DIE LINKE. und ÖDP
vom 22.10.2014**

Aktensammlung Seite 2675

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Zusätzlicher Personalbedarf im Sozialreferat/Stadtjugendamt
Abteilung Kinder, Jugend und Familie**

Aktensammlung Seite 2679

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung,
ALFA und BIA):

Nach Antrag

Münchner Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016

Aktensammlung Seite 2693

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung):

Nach Antrag

Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB im Stadtbezirk 17

Aktensammlung Seite 2695

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung
(ohne StR Zeilhofer-Rath) und StR Wächter):

Nach Antrag

Fortschreibung Wohnen in München V Mehrere Anträge verschiedener Stadtratsmitglieder

Aktensammlung Seite 2699

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung
(ohne StR Zeilhofer-Rath)):

Nach Antrag

**Inklusion im Kindertageseinrichtungs- und Schulbereich
Mehrere Anträge verschiedener Stadtratsmitglieder**

Aktensammlung Seite 2709

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

Geplantes Naturschutzgebiet „Südliche Fröttmaninger Heide“

Diverse Anträge und Petition

Aktensammlung Seite 2617

OB Reiter:

Ich bitte Herrn Lederer-Piloty, sein Rederecht als Bezirksausschussvorsitzender wahrzunehmen.

Herr Lederer-Piloty (Vorsitzender BA 12):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich Ihnen die jüngste Beschlusslage des BA 12 vom 31.07. 2105 zur Kenntnis bringen, die warum auch immer, in der Beschlussvorlage des Planungsreferates unerwähnt bleibt. Wie das juristisch zu bewerten ist, kann ich nicht beurteilen, aber ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Ich lese sie vor, sie ist sehr kurz:

„Antragsbeschluss: Der von den Naturschutzfachleuten mit den Bürgern und dem Bürgergremium BA 12 erarbeitete und abgestimmte Plan wird ganzheitlich ohne Abstriche umgesetzt.“

Begründung: Mit der in Rede stehenden Abtrennung eines breiten, sich von Ost nach West erstreckenden Korridors zur intensiven Freizeitnutzung würde das Naturschutzgebiet einen herben Einschnitt erleiden, der den Gesamtplan, nämlich umfassender Schutz der Fröttmaninger Heide, völlig in Frage stellt. Das vorliegende Konzept ist gut für den Schutz der hochkarätigen Fauna und Flora und ebenso gut für die Erholung suchenden Menschen, auch mit Hunden.“

Dies wurde mehrheitlich gegen eine oder zwei Stimmen beschlossen. Dem wäre nichts hinzuzufügen, wenn es nicht diese verhängnisvolle, fatale Initiative gegen die Schutzverordnung gegen würde. Diese Ergänzung ist in der Vorlage blau dargestellt.

Festzuhalten ist, die vorliegende Schutzverordnung ist das Ergebnis eines jahrelangen und intensiven Abstimmungsprozesses zwischen den Naturschutzexperten und der Bürgerschaft. Sie stellt im Ergebnis einen einigermaßen ausgewogenen, in meinen Augen grenzwertigen Kompromiss zwischen den Belangen des Naturschutzes und dem Freizeitbedürfnis von Menschen und auch dem

Bewegungsdrang von Hunden dar. Den Hunden werden in dieser Vorlage Spielräume zugestanden, die sonst bei Naturschutzgebieten als absolutes No-Go gelten. Es sind auch übrige Freilaufzonen mit geringen Auflagen geplant. Ein Spazierengehen mit dem Hund an der Leine ist fast überall möglich.

Auf was zielt nun diese Initiative im Wesentlichen ab? Im südlichen Teil der Heide, entlang der angrenzenden Wohnbebauung, soll ein weiterer Streifen als Fläche des freien Betretens ausgewiesen werden. Im Klartext bedeutet dies, diese Fläche würde auch als Freilaufzone für Hunde fungieren. Dies ist äußerst kritisch zu sehen, weil damit eine entscheidende Pufferzone zum hochkarätigen Naturschutzgebiet verlorengehe und ein Hineindiffundieren von Freizeit-Sportaktivitäten - vor allem der Hunde - mit Sicherheit nicht verhindert werden kann. Das würde meines Erachtens geradezu eine Einladung zum unkontrollierten Hineinlaufen in die Heide darstellen. Diesen Bereich dazugeben, würde für die südliche Fröttmaninger Heide als geschütztes Naturrefugium das Aus bedeuten, weil nach Norden hin Tür und Tor für eine intensive Nutzung geöffnet wäre.

Die Behauptung in der Vorlage ist übrigens falsch, es handle sich in dem zur Rede stehenden Bereich um eine nicht oder weniger schutzwürdige Zone. Wie bei der Ortsbesichtigung festgestellt, ist das in naturschutzfachlicher Hinsicht ein hochkarätiges Gebiet.

Noch etwas: Die Einrichtung einer Stelle zur Erlangung des Hundeführerscheins im Heidehaus, also an der Heide, ist eine tolle Idee in dem Änderungsantrag, liegt aber nicht im Interesse des Naturschutzes und der Freimanner Bevölkerung. Hunde an den Rand der Heide zur Schulung zu karren, ist für mich eine absurde Vorstellung. Was tun, wenn der Hund und das Herrchen die Prüfung nicht bestehen? Ein Heideverbot? - (Zwischenrufe - Strafe muss sein!)

Mein Fazit: Die angestrebten Änderungen würden den grundlegenden Prinzipien des europäischen Naturschutzrechts und dem Verschlechterungsverbot in FFH-Gebieten zuwiderlaufen. Diese Änderungen sind deshalb aus der Stellungnahme wieder herauszunehmen.

Noch kurz zum Nachbarschutz: Die anwohnende Bevölkerung will das Schutzgebiet zur Naherholung und im Rahmen der bestehenden Regeln frei betreten. Dieses Recht wurde in der Bürgerbeteiligung ausgehandelt und vom Bezirksausschuss ausdrücklich unterstützt. Aus vielen Briefen, Begegnungen und Gesprächen weiß ich jedoch, dass sich die Freimanner Bevölkerung ausdrücklich dagegen wehrt, weiterhin - oder gar verstärkt - durch massenhaften Hundebetrieb aus dem Stadtgebiet und dem Umland belästigt zu werden. Gerade in den Randbereichen der Heidefläche

gaben die professionellen Hundeführer mit ihren Hunde-Lieferwagen und der unkontrollierten Freilassung ganzer Hundehorden bisher immer wieder Anlass zu heftigen Beschwerden. Nicht die Freimanner Bevölkerung wäre also der Profiteur einer Aufweichung der Betretungsregeln, sondern ortsfremder Hundetourismus.

Folgender, leicht gekürzter Aussage des Bund Naturschutz schließt sich der Bezirksausschuss ausdrücklich an:

Wegen der vielen Hunde wird die geschützte Heide nicht mehr von Schafen beweidet, deshalb bildet sich ein starker Grasfilz aus. Die besonderen Lebensräume, Kalkmagerrasen mit sehr seltener Fauna und Flora, werden verschwinden. Die durch den Hundekot aufgedüngten Magerrasen werden über die Jahre zu Wiesen, auf denen nur noch Allerweltsarten wachsen.

Die vorgeschlagenen Änderungen in das Regelwerk aufzunehmen, bedeutet das Ende des einzigartigen Naturschutzgebietes Fröttmaninger Heide. Dieses Ende will der Bezirksausschuss - und nach meiner Einschätzung auch das Gros der Münchner Bevölkerung - definitiv nicht.

Zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung: Nur weil nach einem zweijährigen Beteiligungsprozess - wohlgemerkt ohne Mitwirkung von Stadträtinnen und Stadträten, es kam niemand vorbei - das entstandene Ergebnis einem winzigen Teil der Bevölkerung nicht passt, versucht diese Gruppe nachträglich das Ergebnis zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Frau Dr. Menges, diese absurden Unterschriftslisten, bei denen zum Teil auch die Adressen fehlen, repräsentieren nicht einmal ein Promille dieser Stadtbevölkerung. Da bekommt ein Teil des Stadtrates bereits weiche Knie. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht sein! Wo bleibt Ihre Haltung und Ihr Standing?

Übrigens: Die jüngste, sehr gut besuchte Bürgerversammlung in Freimann mit mehr als 400 Bürgerinnen und Bürger hat derartige Aufweichversuche mit überwältigender Mehrheit abgeschmettert. Überdenken Sie also bitte Ihr Abstimmungsverhalten. Die Sitzung wird meines Wissens auch übertragen, da wird genau hingeschaut. Am Ende wäre noch zu hoffen, dass die Naturschutzfachleute der Regierung von Oberbayern diese falschen Absichten im Papierkorb versenken, denn naturschutzfachlich sind diese blauen Einfügungen in der Vorlage - mit Verlaub gesagt - blanker Unsinn. Es tut mir nicht leid, dies so deutlich gesagt zu haben. Danke. - (Beifall)

StR Rupp:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen selbstverständlich fraktionsübergreifend den Naturschutz, auch den Naturschutz auf der Fröttmaninger Heide, sehr ernst. Deshalb gab es im September eine Ortsbesichtigung, auch wenn das Thema noch nicht im Fachausschuss, dem Planungsausschuss, behandelt werden konnte. Wir haben uns genau vor Ort angeschaut, welche Auswirkungen letztendlich der Entwurf der Regierung von Oberbayern für den Naturschutz auf der Fröttmaninger Heide hat.

Wir haben uns sehr intensiv damit auseinandergesetzt, und es gibt jetzt einen fraktionsübergreifenden Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag von CSU, SPD, Bürgerliche Mitte - FW/BP, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ÖDP und DIE LINKE. Uns geht es insbesondere um eine vernünftige Durchwegung auf der Fröttmaninger Heide, die sich auch daran orientiert, wie die Wegebeziehung jetzt schon ist. Es geht auch darum, dass es, wie in unserer Stellungnahme zu lesen ist, zum Beispiel eine Abkürzung zur U-Bahn gibt, die ohnehin von der Bevölkerung bzw. von den Nutzern begangen wird. Des Weiteren soll auch ein sehr schmaler Streifen im südlichen Bereich in der sogenannten gelben Zone - die gelbe Zone ist jene Zone, die ganzjährig genutzt werden kann - entsprechend eingerichtet werden, um der wohnortnahen Bevölkerung und der Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Fröttmaninger Heide einen vernünftigen Zugang zu sichern. Selbstverständlich müssen diese Wege auch als eine mögliche Durchwegung der Fröttmaninger Heide entsprechend gekennzeichnet werden, damit diese Wege als begehbar zu erkennen sind.

Wir halten es des Weiteren für wichtig - Sie sehen es beispielsweise in der Ziffer 5 neu unseres Änderungsantrags -, dass ausreichend Sitzgelegenheiten und Parkbänke im Bereich der Fröttmaninger Heide geschaffen werden und Abfalleimer, Papierkörbe etc. zur Verfügung stehen. All das ist bisher, vor allem in den Eingangs- und Zugangsbereichen, nicht möglich. Genauso wichtig ist die Bereitstellung der sogenannten Tütenspender für den Hundekot. Wir glauben, mit unserem Änderungsantrag haben wir letztlich einen guten Kompromiss zwischen dem Erholungsbedürfnis der Anwohner und Anwohnerinnen in Freimann und den Anforderungen des Naturschutzes gefunden. Ich glaube, die gefundene Lösung trägt sehr wohl zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten intensiv bei. Insofern halte ich diesen Kompromiss für einen guten Kompromiss, weil dieser sowohl dem Naturschutz als auch den Anwohnern gerecht wird. - (Beifall)

OB Reiter:

Ich bitte darum, auf der Tribüne weder zu klatschen noch zu pfeifen. Dies nur als zarter Hinweis, denn es geschah in vertretbarem Umfang.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst zwei Sätze an die Presse richten. Gestern um 13.52 Uhr ist an diese, aber auch an viele Stadträte, eine Pressemitteilung des Bund Naturschutz herausgegangen. Exakt zwei Stunden später fand der erste Kontakt zwischen den Antragstellern und dem Bund Naturschutz statt. Die Pressemitteilung behandelt einen Antrag, der nicht bekannt war. Diese Pressemitteilung war rein auf Gerüchten gegründet. Es gab keinen Kontakt zu den Antragstellern. Erstmals gesehen wurde dieser Antrag beim Bund Naturschutz gut 2 1/2 Stunden später nach dieser Pressemitteilung. Nur soviel zum Inhalt. Wir haben anschließend in einem Telefonat vereinbart, dass man sich zukünftig besser gegenseitig informiert, dies auch in der Hoffnung, dass Pressemitteilungen in Zukunft etwas gehaltvoller sind.

Nun zum Inhalt: Ich freue mich, dass ich als Stadtrat an der Stellungnahme der Landeshauptstadt München zum Naturschutzgebiet „Südliche Fröttmaninger Heide“ mitwirken darf. Herr Lederer-Piloty, für jemanden der im Münchner Norden aufgewachsen ist und schon im Kinderwagen in die Fröttmaninger Heide geschoben wurde, der erster Gebietsbetreuer für den Heideflächenverein war und auch beruflich stets mit Naturschutz zu tun hat, ist es ein wirklich schöner Moment, hier zu stehen und zu wissen, dass in Kürze dieses Gebiet endgültig unter Schutz gestellt wird.

Es ist ca. 30 Jahre her, dass mein Großvater in der Münchner SPD, Ortsverein Freimann, angestoßen hat, erstmals die Pflanzen der Fröttmaninger Heide zu kartieren. Damals wurden die Weichen für dieses Schutzgebiet gestellt. Meine Familie hat sich seitdem verpflichtet gefühlt, diese Fläche sowohl im Sinne der Ökologie als auch der Münchner und der Freimanner zu schützen und zu erhalten.

Insofern freut es mich, dass es eine breite interfraktionelle Initiative gibt, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Dieser äußerst umfangreiche Änderungsantrag wird getragen von den Gedanken, dass es richtig ist, dieses Gebiet unter Schutz zu stellen, dieses Kleinod vor der Bebauung und vor übermäßigem Freizeitdruck zu bewahren sowie für die Münchner und für die Anwohner zu erhalten. Wir sind uns darüber im Klaren, dass es nicht reicht, eine Verordnung zu erlassen. Es gab in der Vergangenheit - oder sogar bis heute - eine Reihe von Verordnungen und Regelungen und für weite Teile ein absolutes Betretungsverbot. Diese Regelungen wurden aber nicht umgesetzt, obwohl amerikanische Militärpolizei und Feldjäger unterwegs waren sowie ich selbst als Gebietsbetreuer unterwegs war. Die Chance bestand nicht, die Bevölkerung und ihr Nutzerverhalten so zu lenken, dass es naturschutzfachlich erträglich war. Deswegen sind wir der Meinung: Diese

Verordnung muss von einem Paket begleitet werden, das die Umsetzung einfacher und verständlicher macht, weil die Nutzung der Heide verträglicher wird. Wir haben also eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, teils in der Stellungnahme, teils im Antrag, um die Nutzung zu ermöglichen, zu vereinfachen und naturschutzfachlich zu verbessern.

Wenn ein Hundeführerschein speziell im Heidehaus angeboten wird, bedeutet dies, dass die Hundehalter so geschult werden, dass ihr Verhalten spezifisch für die Heide verträglich ist. Wenn Hunde an einer 4 m, anstatt an einer 2 m langen Leine geführt werden dürfen, bedeutet das im Endeffekt weniger freilaufende Hunde, weil man dem Bewegungsdrang des Hundes an der Leine Genüge leisten kann. Wenn man einen besseren Belag für die Wege fordert, damit diese unterscheidbar sind von den Hunderten von Trampelpfaden in der Heide, bleiben 90 % der Leute, vielleicht sogar 95 % oder mehr, auf den Wegen. Und Schutzgebietsverordnung hin oder her Trampelpfade werden weniger begangen. Das führt zu einer unmittelbaren Beruhigung der Schutzzonen.

Wir setzen uns für Gespräche mit dem Heideflächenverein ein. Am Ende wird dabei mehr Geld für den Heideflächenverein herauspringen. Wir brauchen einen leistungsfähigen Heideflächenverein, der in der Lage ist, die Wege instand zu halten und Hundetütenspender und Abfallbehälter aufzustellen. Es geht z. B. darum, den Nährstoffeintrag in die besonders schutzwürdigen Bereiche zu minimieren. Bisher laufen dort täglich Hunderte von Hunden herum und haben entsprechende Hinterlassenschaften. Ich habe selbst daran gearbeitet, um die Leute aufzuklären. Es gibt dort sehr, sehr viele verantwortungsbewusste Hundehalter, die Hundetüten mitschleppen. Diese haben jedoch keine Lust, eine volle Hundetüte auf ihrem einstündigen Spaziergang mitzutragen, weil es keinen Ort gibt, um diese Tüte sachgemäß zu entsorgen.

Zur geänderten Zonierung: Es gibt am Rande der Bebauung einen Streifen, der vor Jahren aufgeforstet wurde. Während dieser Aufforstung ist der Boden mit grobem Gerät bearbeitet worden. Wir haben erfahren, die besondere Schutzwürdigkeit der südlichen Schutzzone besteht darin, sie ist einerseits potenzielles Brutgebiet für Bodenbrüter, andererseits wurde der Boden über Jahrzehnte nicht beeinträchtigt. Es wurde aufgeforstet und gepflügt. Eine Aufforstung bedeutet im Endeffekt einen Wald und ein Verschwinden der Bodenbrüter. Eine Bearbeitung des Bodens mit dem Pflug zieht eine Veränderung der Bodenchemie nach sich. Auch ein Wald bedeutet im Endeffekt eine Veränderung der Bodenchemie, insbesondere weil dort Laubbäume aufgeforstet wurden. Laubbäume sind eine Art Nährstoff- bzw. Ionenpumpe und bewerkstelligen einen Umsatz im Boden, worauf sich der Boden verändert.

Sollte dieser Wald bestehen bleiben, widerspricht das den Schutzziele des Gebietes. Die Heide wird verloren gehen. Insofern haben wir eine Auslichtung gefordert, eine Wiederherstellung des Heidecharakters. Das ist eindeutig im Sinne der Schutzgebietsverordnung, denn es wird die Heide stärken. Da die Bodenwertigkeit dort nicht gegeben ist, bietet es sich an, auf diesem 35 m breiten Streifen die Leute laufen zu lassen, um ihnen ein Heideerlebnis zu ermöglichen. Auf diesem 35 m-Streifen soll eine Pufferzone zu dem besonders schutzwürdigen Bereich geschaffen werden, um die Leute von diesem abzuhalten. Sollte man unseren Vorschlägen nicht folgen, ist dort über kurz oder lang ein Wald. Die Schutzwertigkeit des Bereiches ist dann verloren gegangen. Wer ein Heideerlebnis sucht, wird diesen Wald durchschreiten, in der besonders schutzwürdigen Zone landen und diese negativ beeinträchtigen.

Insofern sind die von uns vorgeschlagenen Punkte im Sinne des Schutzgebietes, weil sie das Schutzgebiet stärken und - und das ist das Schöne daran - sich nicht gegen die örtliche Bevölkerung richten. Ich bitte um Zustimmung. - (Beifall)

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst finde ich es schon etwas bezeichnend, dass sich in dem Moment, in dem das Thema Naturschutz auf die Tagesordnung kommt - auch wenn es der erste Tagesordnungspunkt ist -, der Sitzungssaal fast um die Hälfte leert. Ich finde das sehr schade. Ich weiß, das passiert sonst sehr oft, aber normalerweise nicht zu Beginn der Tagesordnung. Gerade bei der CSU sind die Reihen doch sehr gelichtet, aber jeder muss wissen, womit er sich beschäftigt.

Bevor ich auf den Änderungsantrag eingehe, möchte ich zwei bis drei Sätze zur Vorlage sagen. Ich denke, es ist grundsätzlich ein sehr positives Zeichen, wenn der südliche Teil der Fröttmaninger Heide als Naturschutzgebiet ausgewiesen wird. Sie gehört zu den wertvollsten Naturschätzen Bayerns. Es ist eine alte Heidefläche aus der letzten Eiszeit. Sie ist zwar zusätzlich auch von den Panzern geformt worden, aber es ist eine Ursprungslandschaft, die wir zu erhalten versuchen, auch wenn sie in den letzten Jahren doch viel, viel kleiner geworden ist. Deswegen ist es wunderbar, dass wir jetzt endlich diesen Bereich unter Schutz stellen, da bin ich ganz bei Herrn Ruff.

Dieses Gebiet ist aber auch ein FFH-Gebiet, in dem das Verschlechterungsverbot gilt. Wir müssen alles dafür tun, damit keine Verschlechterung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere voranschreitet. Deswegen ist es auch das Ziel, Gebiete sicher zu stellen, in denen seltene Tiere und Pflanzen weiter bestehen, leben oder auch brüten können. Das war das Ziel dieser

Unterschutzstellung und dieses langen zweijährigen Beteiligungsprozesses mit einer Auftaktveranstaltung und sechs ganztägigen Veranstaltungen. Es waren wirklich alle Bürgerinnen und Bürger, die dies wollten, eingeladen. Die Bürger vor Ort waren eingeladen, es waren selbstverständlich die Verbände eingeladen, und es waren Politik, Fachpolitiker und Fachleute anwesend. Ich glaube, es war jeder da, der sich für das Thema interessiert. Was will man mehr, als einen solchen Beteiligungsprozess, der einen möglichen Konsens schaffen und einen Kompromiss zwischen allen Interessen zustande bringen kann. Es geht dabei um einen Kompromiss, weil die Interessen extrem unterschiedlich sind. Man muss klar sagen, dass nicht jeder befriedigt werden kann.

Dieses Zonenkonzept ist ein guter Kompromiss. Es gibt eine freie Zone mit immerhin 34 ha. Diese 34 ha sind so groß wie der Luitpoldpark, der 33 ha misst. Also keine sehr kleine Fläche. Ich finde schon, dass es eigentlich eine akzeptable Fläche ist, die groß genug ist, um sich ohne Beschränkungen aufzuhalten. Dazu kommen noch die Wege mit einer Länge von 21,7 km. Auf diesen Wegen kann man sich frei bewegen, auch in der Schutzzone, das muss man dazu sagen. Hinzu kommen die anderen Bereiche, die schützenswert und nur teilweise nutzbar sind.

Die im Jahr 2014 stattgefundenene Revier-Kartierung hat ergeben, dass es im Süden besonders starke Störungsintensitäten durch Fußgänger und Radfahrer, aber vor allem durch freilaufende Hunde gibt. Ich denke, das ist ein großes Problem. In diesem Kompromiss gab bzw. gibt es viele Zugeständnisse an die Hundebesitzer. In normalen Naturschutzgebieten dürfen Hunde nie frei laufen. Dort dürfen nur Hunde von Bürgerinnen und Bürgern mit Hundeführerschein frei laufen. Ich glaube, das ist einmalig, und das unterstützen wir auch. Wir wollen, dass die Menschen dieses Gebiet auch nutzen können. Es geht nicht nur darum, eine Zone zu schaffen, in die niemand hinein kann. Insofern ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Trotzdem glaube ich, der Änderungsantrag konterkariert diese Bemühungen, die in diesem Beteiligungsprozess eigentlich gelaufen sind, völlig. Ich möchte mich aber bedanken, dass wir an diesem Prozess beteiligt wurden und als Fraktion die Möglichkeit bekommen haben, vielleicht doch einen Kompromiss zu finden. Dafür möchte ich Frau Dr. Evelyne Menges sehr danken. Es gibt auch Punkte, das werde ich noch einmal erläutern, die wir mittragen können. Es gibt jedoch auch einige Punkte - gerade die wesentlichen -, die wir nicht mittragen können. Darauf werde ich noch genauer eingehen.

Ich glaube, dieser Änderungsantrag ebnet doch den Weg zu einer Hundewiese in Teilen des Gebietes. Dazu sind die Öffnungen für Hundebesitzer aus unserer Sicht viel zu groß. Darauf werde ich gleich noch im Einzelnen eingehen.

Vorab noch einmal zu Herrn Ruff: Sie haben sich gewundert, warum der Bund Naturschutz diesen Änderungsantrag kannte. Wir sind in diesen Prozess eingebunden gewesen, und wir haben uns erlaubt, naturschutzfachlichen Rat einzuholen, wie wir mit diesem Änderungsantrag umgehen sollen. Anlässlich dieses Gesprächs mit dem Bund Naturschutz sind natürlich auch Inhalte geflossen. Deshalb weiß der Bund Naturschutz wahrscheinlich auch, um was es in diesem Änderungsantrag geht. Wie er sich dazu geäußert hat, war seine persönliche Angelegenheit. So kam dieser Prozess zustande. Ich denke, es ist legitim, sich fachlichen Rat einzuholen, ob man in einer so wichtigen Frage einen für mich schwerwiegenden Änderungsantrag mittragen kann.

Zum Änderungsantrag insgesamt: Wir hatten große Probleme damit, dass viele inhaltliche Punkte der städtischen Stellungnahme umgeschrieben worden sind. Es geht nämlich nicht nur um Inhalte, sondern um eine andere textliche Ausrichtung. Die Zielrichtung wird dadurch deutlich verändert, dass viele Prosatexte eingeführt wurden. Diese können wir eigentlich nicht mittragen.

Im ersten Teil im ersten Absatz steht z. B. ein Satz: Es sei besonders zu berücksichtigen, dass seit Jahrzehnten die örtliche Bevölkerung die südliche Fröttmaninger Heide zu Erholungszwecken genutzt habe und dies eigentlich im Prinzip nicht mehr könne. Es gab eigentlich bereits ein Betretungsverbot und ein Verbot, Hunde frei laufen zu lassen. Das hat schon immer bestanden. Also ändert sich eigentlich gar nichts, sondern es verbessert sich eher noch etwas, indem dieses Naturschutzgebiet mit gewissen Ausnahmeregelungen für Hundebesitzer geschaffen wird. Insofern gibt es keine Verschlechterung. Diesen Tenor, der hier aufkommt, finde ich ehrlich schwierig.

Zum Thema der Zonierung haben wir uns lange überlegt, ob wir mitmachen. Es klingt zunächst sehr charmant, zu sagen, dort ist ein weiterer Streifen und da wohnen die Menschen. Dort halten sich die Menschen auf und gehen nicht mehr in die Heide hinein. Wir haben uns im Endeffekt doch dazu entschlossen, nicht mitzumachen. Wir glauben, dass dieser Wald ein Wall ist. Dieser stellt einen sogenannten Wall für die Menschen dar, weil dort dieses Naturschutzgebiet beginnt. Wenn man diesen Wald öffnen, lichten oder entfernen würde, wäre dieser Wall - und diese psychologische Barriere - für die Bevölkerung vor Ort nicht mehr vorhanden. Deshalb glauben wir, es ist sinnvoll, wenn es so bleibt, wie es ist.

Ob die Flächen dort hochwertig sind oder nicht, kann ich nicht beurteilen, das müsste die Untere Naturschutzbehörde wissen. Vielleicht gibt es dazu noch eine Aussage. Ob etwas abgegraben wurde, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass damals bei der Begehung Herr Dr. Uehlein gesagt hat, es sei dort sehr hochwertig. Ob das stimmt, weiß ich nicht, aber vielleicht gibt es dazu noch eine Aussage von Seiten des Referats.

Zum Thema Wegenetz sind wir völlig bei Ihnen, das tragen wir auch gerne mit. Wir haben damals bei der Begehung gesagt, es ist nicht sinnvoll, wenn es überall Trampelpfade gibt und kein Mensch weiß, wo er eigentlich gehen darf und wo nicht. Deswegen ist es sinnvoll, die vorhandenen Wege auch etwas genauer als Wege zu markieren. Ebenso ist es sinnvoll, dort prinzipiell Abfallkörbe aufzustellen. Hinsichtlich der Hundetütenspender sind wir auf jeden Fall bei Ihnen. Auch den kleinen Schwenk im oberen Bereich würden wir mittragen, weil wir glauben, dass die Leute so und so dort entlanggehen. Das ist unproblematisch und bedeutet nur einen zusätzlichen minimalen Eingriff in dieses Naturschutzgebiet.

Jetzt kommen wir zum Thema Hunde, denn das ist eigentlich unser Hauptpunkt: Ich finde es schon schwierig, wenn Texte in einer Stellungnahme so geändert werden und dann den Tenor wiedergeben, was Hunde alles leisten können. Das hat in einer Stellungnahme zu einem Naturschutzgebiet der Landeshauptstadt München nichts zu suchen. Das finde ich, ehrlich gesagt, schwierig. - (Vereinzelter Beifall)

Zum Thema „lange Leine“: Eine 4 m lange Leine klingt zunächst sehr bestechend. Wir haben uns dazu genauer informiert. Am Anfang war ich dafür relativ offen und habe gedacht: Na gut, die Hunde werden immerhin an der Leine geführt. Jedoch sind 4 m sehr lang, wenn man überlegt, dass es schmale Wege sind. Wenn ein Hund 4 m in dieses Naturschutzgebiet hineinläuft, können dadurch viele Pflanzen und Tiere gestört werden. Insofern können wir das nicht mittragen, weil das dort deutliche weitere Störungen für die geschützten Arten, wie den Steinschmätzer, das Rebhuhn und alle bedrohten Arten, geben würde.

Irritiert hat uns, dass durch kleine Einfügungen versucht wurde, noch mehr Freiheit für Hunde zu erreichen. Das finde ich schwierig, weil man dies erst gar nicht so mitbekommen hat und es im Prinzip klar war. So ist im letzten Absatz auf der Seite „Betreten und Mitführen von Hunden“ der Punkt enthalten: *„Im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner wäre hier eine differenzierte Regelung für Besucherinnen und Besucher mit und ohne Hunde wünschenswert.“* Die Worte „mit und“ wollen wir nicht, wenn, dann nur ohne Hund.

Dies betrifft das Thema Heidezone. Sie darf in der Zeit vom 01. März bis 30. September nicht betreten werden. Die Diskussion war, ob die Heidezone nicht bereits ab dem 01. August betreten werden könnte, weil die Bewohnerinnen und Bewohner das im Sommer nutzen könnten. Das ist zwar total verständlich. Falls dort die Hunde sozusagen wieder laufen würden, könnte sich das total gegen die Schafbeweidung richten, die dann gestört wäre. Es ist nämlich mitnichten so, dass die Münchner Hunde keine Schafe jagen. Diese Erfahrungen hinsichtlich der Panzerwiese sind völlig andere. Ich wage auch zu bezweifeln, ob das mit dem Englischen Garten wirklich stimmt. Unsere Informationen, gerade von den Naturschutzverbänden, lauten völlig anders. Vor allem die Schäfer haben nämlich überhaupt keine Lust mehr, in manche dieser Gebiete zu gehen, weil dauernd irgendwelche Hunde ihre Schafe jagen. Wenn die Schafbeweidung in diesen Gebieten nicht mehr stattfindet, ist die Heide irgendwann total kaputt.

Zum Thema Leinenpflicht: Es wird angeführt, dass die armen Bewohnerinnen und Bewohner andere Stadtgebiete aufsuchen müssen, solange sie diesen Hundeführerschein noch nicht haben. Wie ich vorhin schon gesagt habe, gab es auch bisher diese Leinenpflicht. Es hat sich jetzt erst einmal nichts geändert, sondern es verbessert sich nur etwas für die Anwohnerinnen und Anwohner. Ich glaube, man muss akzeptieren, dass es hier eben eine Leinenpflicht gibt. Nur dann gilt keine Leinenpflicht, wenn man den Hundeführerschein hat. Diesen Hundeführerschein hätte man auch schon viel früher machen können, wenn man dort wohnt und das Bedürfnis gehabt hätte, seinen Hund frei laufen zu lassen. Insofern zieht dieses Argument gar nicht! Außerdem würde eine zweijährige Übergangsfrist eher zu einer Verschlechterung dieses Gebietes führen. Das werden wir in keinster Weise mittragen!

Auf den Punkt mit den kranken Hunden will ich nicht näher eingehen, denn das wird zu detailliert und zu differenziert. In der Angelegenheit mit dem Hundeführerschein fühle ich mich viel zu wenig als Fachfrau, ich kann das nicht beurteilen. Diesbezüglich kennt sich Frau Dr. Menges wirklich gut aus. Es ist sicher eine sinnvolle Sache, dass die Menschen lernen, wie sie mit ihrem Hund umgehen. Wenn man das im Heidehaus anbietet, habe ich im Prinzip nichts dagegen. Ich finde, es muss auch Plätze geben, wo man diesen Hundeführerschein machen kann. Das ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Die Hinweisschilder finden wir auch gut.

Auf einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, möchte ich noch kurz eingehen, weil versucht wird, in der Zone des Heideerlebens wieder das freie Laufen von Hunden auf den Weg zu bringen. Es wird zwar nur die kurze Einfügung gemacht:

„Eine innovative Lösung wird mit der Verordnung für das Mitführen von Hunden ohne Leinenpflicht in der Zone für freies Betreten (ganzjährig) und in der Zone für Heideerleben auf den ausgewiesenen Wegen (im Winterhalbjahr) angestrebt.“

Das halten wir für total verkehrt, weil es effektiv so ist, dass die Heideflächen außerhalb der Wege nicht betreten werden dürfen, und mit Hund schon gar nicht! Das ist eine Öffnung, die wir in keins-ter Weise mittragen können.

Insgesamt denke ich, dass es kein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Ich verstehe, dass man auf die Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner eingehen möchte. Es gibt vielleicht auch Ängste, weiter eingeschränkt zu werden. Die Anwohnerinnen und Anwohner haben die Heide früher vielleicht anders erlebt, obwohl es damals auch nicht erlaubt war. Jetzt hat man Angst, dass stärker kontrolliert wird. Das verstehe ich, aber es geht hier um den Schutz eines einmaligen Naturschutzgebietes. Mit diesem Beteiligungsprozess wurde versucht, einen Kompromiss zu erreichen. Das sollte man doch würdigen! Dieser Beteiligungsprozess wird eigentlich mit Füßen getreten. Wozu machen wir denn so etwas überhaupt? Das ist doch vollkommen absurd. Dann können wir solche Beteiligungsprozesse doch vollkommen lassen, wenn hinterher wieder solche - aus unserer Sicht gravierenden - Änderungen eingebracht werden. - (Vereinzelter Beifall)

Deswegen hoffen wir, dass die Regierung von Oberbayern dies so nicht mittragen wird. Wie Sie wissen, haben die Umlandgemeinden und der Landkreis diese Stellungnahme teilweise einstimmig - und in der Regel fast immer mit allen Stimmen der CSU - mitgetragen. Daher wundern wir uns schon, dass die Landeshauptstadt München jetzt eine andere Rolle einnehmen will. Wir hoffen, dass im Sinne des Naturschutzes unsere Stellungnahme nicht übernommen wird. Vielen Dank.
- (Beifall)

OB Reiter:

Ich sehe noch einmal eine Wortmeldung des Bezirksausschussvorsitzenden. Das ist, ehrlich gesagt, eher untypisch, weshalb ich erst einmal die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen bitten möchte.

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit dem Jahr 2009 intensiv mit dem Thema „Südliche Fröttmaninger Heide“ befasst. Deshalb danke ich an dieser

Stelle allen Fraktionen, dass wir gemeinsam versucht haben, in der kommunalen Stellungnahme einen Kompromiss zu finden, der sowohl den Interessen des Naturschutzes als auch den berechtigten Interessen der Anwohner gerecht wird. Schließlich waren die Anwohner vorher da. Außerdem ist dieses wunderbare Gebiet trotz der Anwohner und mit den Anwohnern entstanden, weil die örtliche Bevölkerung dieses Gebiet immer schon als schützenswert empfunden und auch so behandelt hat.

Dieser Vorschlag, den wir einbringen, hat das Ziel, noch weitere Optimierungspunkte einzufügen, die die Regierung von Oberbayern und im Beteiligungsprozess bislang nicht berücksichtigt haben. Besonders möchte ich dem Planungsreferat danken, dass uns über die abstrakte schriftliche Vorlage hinaus bei einem konkreten Ortstermin, an dem auch die Geschäftsführerin des Heideflächenvereins teilnahm, ermöglicht wurde, die Situation anzusehen. Kollege Rupp und Kollege Ruff haben schon hinreichend begründet, warum diese Zornierung genau so sinnvoll ist, wie unser Vorschlag lautet.

Ich konzentriere mich jetzt auf das Thema Hund, das Kollegin Sabine Krieger als wesentlichen Kritikpunkt angeführt hat. In Bayern sagt man manchmal: „Hund sans scho!“ Das ist eigentlich ein Kompliment. Wenn es aber um den Menschen mit einem Hund geht - um den älteren Menschen mit Hund, das Kind mit Hund, Mann und Frau mit Hund -, wird plötzlich dieses Lebewesen wie ein unkontrollierbarer Roboter, wie eine Maschine oder wie etwas sehr Böses angesehen. Selbstverständlich weiß jeder Mensch, sowohl derjenige, der keinen Hund hat als auch derjenige, der einen Hund hat, dass es nicht nur liebe, brave Hunde gibt. Das wissen wir, jedoch gibt es auch nicht nur liebe, brave Menschen. Das ist nun einmal in unserem Leben so!

Ausgehend von dem Vorschlag der Regierung von Oberbayern, Leinenpflicht und Befreiungsmöglichkeit, haben wir uns überlegt, hier zuerst anzusetzen. Der Ansatz der Regierung von Oberbayern - und das sollte man verstehen - greift den vor einem Jahr gemachten Vorschlag des Kreisverwaltungsreferats nach einem Hundeführerschein, einer Sachkundeprüfung, einem Verhaltenstraining und einer Begleithundeprüfung auf. Wir haben dies damals einstimmig begrüßt, weil es eine innovative Angelegenheit war, dass man eine Befreiung von der Hundesteuer bekommt, falls man das so auf den Weg bringt.

Der entscheidende Punkt ist - da können Sie jeden fragen, der sich in diesem Bereich auskennt -, die Gefahr oder die Unannehmlichkeiten geht immer vom Menschen aus. Es ist immer die andere Seite der Leine, die es überhaupt ermöglicht, dass sich ein Hund so benimmt, wie wir es nicht wol-

len. Deshalb stellen wir entscheidend auf den sogenannten Hundeführerschein ab, der von der Bayerischen Tierärztekammer gemeinsam mit der Tiermedizinischen Fakultät, Lehrstuhl für Tier- und Tierversorgung, entwickelt wurde. Dieser Sachkundenachweis, den der Hundehalter, also der Mensch, abzulegen hat, sensibilisiert den Menschen dahingehend, was zu tun und was zu unterlassen ist. Selbstverständlich muss er seinen begleitenden Hund in einer sensiblen Naturschutzregion an die Leine nehmen, und selbstverständlich darf er diesen Hund keine Schafe und keine Vögel jagen lassen. Daraufhin wird der Halter sensibilisiert. Erfahrungsgemäß ist es so, dass in solchen Kursen - es sind immerhin zwölf Stunden, die an sechs Abenden entsprechend abgeleistet werden, - die Schulung erfolgt.

Wir hatten vorgeschlagen, dass es sinnvoll wäre, solche Schulungen im Heideflächenhaus anzubieten, weil solche Schulungen sehr selten in München angeboten werden. Kollegin Bettina Messinger, die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD, die den Hundeführerschein hat - wie ich auch -, kann dies sicher bestätigen. Ich habe meinen Hundeführerschein vor ca. vier Jahren in Plannegg gemacht, weil es in München nicht möglich war, diesen zu machen. Wenn wir schon ein bestimmtes Verhalten einfordern - was wir ausdrücklich begrüßen, weil wir etwas optimieren, die Heide schützen und zu den Menschen mit und ohne Hund sagen wollen: Unterstützt dieses wichtige Ziel, obwohl der Münchner Norden so dicht bebaut ist -, dann ist es sinnvoll, dazu eine Möglichkeit im Heideflächenhaus anzubieten. Dort wird diese Schulung von den entsprechenden Referenten angeboten, die sowohl der Verband des Deutschen Hundewesens als auch die Landestierärztekammer zur Verfügung stellen, plus eine darüber hinausgehende Sensibilisierung in Bezug auf die besonders schutzwürdigen Gebiete in der Heide. Wir haben ein gesamtes Paket, nämlich die gezielte Ausschilderung der Wege, damit die Hundebesitzer erkennen - das ist heute gar nicht erkennbar -, was besonders schutzwürdig ist.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass es eine starke soziale Haltung unter den Menschen mit Hund gibt, die sich wechsel- und gegenseitig auch zu bestimmten positiven Verhaltensweisen erziehen. Wir haben in der Landeshauptstadt München im Jahr 1999 mit einer groß angelegten Initiative begonnen, Hundetütenspende aufzustellen. Heute sind es überwiegend die Menschen mit Hund, die andere Hundehalter ansprechen, wenn diese den Hundekot nicht entsorgen. Das funktioniert sehr gut. Deswegen wollen wir auch in der Heide entsprechende Abfallbehälter haben, damit der vom Hund hinterlassene Kot entsprechend nah, und nicht erst nach einem Spaziergang von einer Stunde, entsorgt werden kann. Deshalb ist diese Prüfung das erste und das entscheidende Kriterium, um die Menschen vor Ort mit einzubeziehen, damit sie das umsetzen.

Kollegin Sabine Krieger, Sie haben vollkommen recht, als gesagt wurde, bisher ist es auch nicht gemacht worden. Wir wollen, dass sich das ändert. Wir wollen nachhaltige Anreize schaffen, damit sich vieles optimiert. Wir wollen auch darüber nachdenken. Deswegen soll in zwei Jahren berichtet werden, ob das vielleicht ein Pilotprojekt für eine so große Stadt wie München ist, um zu sagen: Wir bleiben eine hundefreundliche Stadt mit Leben und Leben lassen und mit der entsprechenden wechselseitigen Rücksichtnahme.

Eine Übergangsfrist ist deshalb mehr als angemessen. Wenn etwas nicht angeboten wird, kann ich etwas nicht einfordern. Das ist der springende Punkt. Wenn in der Verordnung der Regierung von Oberbayern mit einer entsprechenden Übergangsfrist etwas eingefordert wird und wir versuchen, Leistungsangebote über das Heideflächenhaus, die Münchner Volkshochschule oder die Vereine zur Verfügung zu stellen, dann haben die Menschen auch die Möglichkeit, dies anzunehmen. Das wird aber nicht von heute auf morgen möglich sein, weil die tausend Menschen, die einen Hund haben, in der Heidefläche nicht alle in der gleichen Woche einen solchen Kurs belegen und absolvieren können.

Wir haben bezüglich der blauen Zone gefordert, dass sie auch in der Zeit, die als betretungsfähig vorgegeben ist, von Hunden betreten werden darf. Es erschließt sich mir nicht, dass im von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitraum vom 01. August bis 28. Februar jeder Mensch durchmarschieren kann, jedoch kein Hund. Das verstehe ich nicht. Es wäre konsequent, zu sagen, in dieser Zeit darf niemand durch, weder Mensch noch Tier. Eine Differenzierung, dass in der Zeit, in der Vögel brüten, nur der Mensch durch darf, ist nicht sachlich hinterlegt und auch nicht nachvollziehbar.

An dieser Stelle erlaube ich mir die Anmerkung, die Gefährdung für Bodenbrüter geht nicht, wie es in den Vorlagen dargestellt wird, von Hunden alleine aus. Wir reden von einem Naturschutzgebiet. In diesem Naturschutzgebiet gibt es auch Krähen, Eichelhäher und Elstern, die bekanntlich Nesträuber sind. Außerdem gibt es im Naturschutzgebiet auch Füchse, auch diese sind Nesträuber. Es gibt in einem Naturschutzgebiet, das unmittelbar neben einer Wohnbevölkerung eingerichtet wird und das es in Deutschland im Prinzip so nirgendwo gibt, auch Freigängerkatzen. Das nur nebenbei!

Sie können sicher sein, dass zum Beispiel mein Hund keinen Vogel jagt und erst recht keinen Vogel fressen würde. Von der vorhandenen Hundepopulation sind ja nicht alle Jagdhunde, wobei in der Verordnung ausdrücklich drin steht, dass geprüfte Jagdhunde von der Leinenpflicht befreit

sind. Das halte ich auch für interessant! Deswegen haben wir auch eine Differenzierung gemacht: Wir halten es nicht für zielführend, alte und kranke Hunde, die sowieso nicht mehr schneller laufen können als der Besitzer selbst, unter einen Zwang zu stellen.

Zur 4 m langen Leine: Zunächst einmal kenne ich Verordnungen zum Naturschutzgebiet, die einen Leinenzwang vorsehen. Deshalb auch der Dank an die Regierung, dass eine Möglichkeit für bestimmte Bereiche ohne Leine eingebaut worden ist. Aber der Leinenzwang war immer ohne Meterbeschränkung. Der Leinenzwang hat nur vorgesehen, dass der Hund an der Leine zu führen ist, damit er nicht jagen und in einem Gebiet Wild aufscheuchen kann. Als der Stadtrat zum Beispiel den Seehamer See, ein hochsensibles Naturschutzgebiet, besucht hat, konnten Sie feststellen: Wenn man einen Hund an der Leine führt, geht er im Regelfall an der langen Leine vor einem her und bleibt am Rand stehen. Wenn der Mensch weitergeht, geht der Hund wieder vor einem her. Der geht nicht vier Meter seitlich in den Weg hinein, das ist nicht realistisch. Deswegen wollen wir diese Regelung.

Man kann ein solches Recht oder ein solches Gebot nur einfordern, wenn man auch weiß, dass es umgesetzt werden kann und die Menschen vor Ort zur Umsetzung bereit sind. Ich denke, mit unserem Kompromiss haben wir etwas auf den Weg gebracht, um auch im Wege eines Pilotprojektes die Bevölkerung vor Ort und deren Anliegen aufzufangen.

Nur was man kennt, das schätzt man, und was man schätzt, das schützt man. Wir wollen, dass die Menschen an der Fröttmaninger Heide dieses Gebiet schätzen und schützen. Das ist unser Kompromissvorschlag. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung! - (Beifall - Zwischenrufe: Hört zu!)

StR Altmann:

Es rentiert sich immer, dass Sie sich hinsetzen, wenn ich ans Mikrofon gehe, das ist doch klar! - (Heiterkeit - Zwischenrufe) - Herr Oberbürgermeister, Sie sind noch da. Kolleginnen und Kollegen, es ist schon sehr viel ausgeführt worden, deshalb möchte ich nur noch ein paar Hinweise einbringen. Man muss jetzt auf die normale Ebene zurückkehren. So sehe ich das. Ich sage immer, man sollte den gesunden Menschenverstand auch einmal ein bisschen spielen lassen und nicht nur die Ideologie immer in den Vordergrund stellen.

Fakt ist doch, diese Fläche gibt es seit der Eiszeit und jetzt ist eine Wohnbebauung dazugekommen ist. Was ist passiert? Hier hat sich ein Naherholungsgebiet entwickelt, bislang ohne Schutz. So nebenbei haben sich Tiere und Pflanzen niedergelassen. Obwohl die Fläche von der Bundes-

wehr mit Panzern befahren worden ist, Soldaten Übungen abgehalten haben und es kreuz und quer und hin- und hergegangen ist, hat sich die Natur dort trotzdem so entwickelt. Das sollte man eigentlich auch einmal sehen! Das wird nämlich immer so beiseite geschoben und immer mehr dahingehend argumentiert, als wenn das von Menschenhand geschaffen worden wäre. Nein, so war es nicht! Die Natur hat das selbst für sich generiert und so geschaffen. So soll man das sehen. Ich war bei der Begehung dabei, weil ich es mir vor Ort genau anschauen wollte. Ich wohne nicht dort, sondern bin aus dem südöstlichen Bereich, aber ich habe mir gesagt, das schaue ich mir an, zumal auch an unsere Adresse entsprechenden Bürgerschreiben gerichtet worden sind.

Bei der Begehung hat es vorher eine Zusammenkunft mit einem kleinen Vortrag gegeben. Wie Frau Krieger sagte, wurden alle eingeladen, und es waren viele Initiativen da. Ich habe gefragt, wie viele Personen da waren, die sich dafür interessiert haben. Es hat geheißen, dass an diesem Tag etwa 20 bis 30 Leute teilgenommen haben. Hier wurde es jedoch so dargestellt, als wenn tausende Anwohner da gewesen wären. Das war nicht so! Tatsache ist, dass ein Schreiben der Bürger bzw. einer Initiative mit 1.500 Unterschriften beim Oberbürgermeister abgegeben wurde, um für eine Begehung dieses Naherholungsgebiets auch die entsprechenden Freiräume zu fordern. Das jetzt so zur Seite zu wischen, wie es zum Beispiel Herr Lederer-Piloty vom Bezirksausschuss gemacht hat, finde ich unanständig. - (Beifall)

Man muss sehen, dass sich 1.500 Leute an den Oberbürgermeister wenden, und dann wird das so abgetan. Ich war bei vielen Bürgerversammlungen, denn ich war zwölf Jahre im Bezirksausschuss. Ich weiß, was dort abgeht. Wenn 400 Leute anwesend sind, werden in der Regel in den Bürgerversammlungen - das sage ich jetzt ungeschützt - alle Anträge angenommen. Das muss man einmal so sehen! - (Zwischenrufe) - Ja, doch! Ich möchte einmal den einen oder anderen bzw. die eine oder andere sehen, wenn sie im privaten Alltag unterwegs sind - und nicht in der Masse mit abstimmen, sondern alleine unterwegs sind -, ob sie sich an alles halten, worüber in den Versammlungen abgestimmt wird. Ich habe sehr große Zweifel, ob jeder, wenn er sich unbeobachtet fühlt, auch so vorgeht. Aber das nur nebenbei gesagt.

Wir haben uns zusammengesetzt und einen Änderungsantrag eingebracht. Eines muss man bedenken: Wenn man das erste Mal dort entlang geht, sieht man Trampelpfade en masse. Das bedeutet, dort wurde kreuz und quer gelaufen. Selbst der kleinste Bereich ist dort „durchwegt“. Jetzt möchte man das Ganze eindämmen und auf vernünftige Füße stellen. Wir wollen Wege, die auch als solche erkennbar sind, errichten. Es ist gut für den Fortbestand der Heide, wenn nicht kreuz und quer gelaufen werden kann.

Es ist zwar umstritten, aber man könnte dort Schilder aufstellen und einen Lehrpfad erstellen. Dadurch könnten die Leute für ihre Umgebung sensibilisiert werden. Das hält vielleicht den Einen oder Anderen davon ab, diese Flächen zu betreten, wenn er weiß, welche Pflanzen oder Tiere dort vorkommen. Das alles könnte nebeneinander ermöglicht werden. Ich denke, dass noch mehr entstehen kann als es bereits der Fall ist. Lassen Sie uns daher mit diesen ideologischen Vorgehensweisen aufhören. Greifen wir auf den gesunden Menschenverstand zurück und machen für alle etwas. Der Mensch hat ein Anrecht darauf, weiterhin die Natur zu erobern und sich in der Natur aufzuhalten, nicht nur Pflanzen und Tiere. Danke. - (Beifall)

OB Reiter:

Ich stelle noch einmal die Frage, ob der BA-Vorsitzende nochmals das Rederecht erhalten soll. Er möchte gerne erneut eine Minute reden. - (Unruhe im Saal) - Ja oder Nein? Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? Das ist die Minderheit, damit hat der BA-Vorsitzende das Rederecht.

Herr Lederer-Piloty:

Ich begrenze meinen Redebeitrag auf eine Minute und möchte noch einmal die Haltung des Bezirksausschusses klarstellen. Niemand hat etwas gegen einen vernünftigen Ausbau von Wegen, das Bereitstellen von Hundetüten oder ein Beschilderungssystem. Der Knackpunkt ist der südliche Korridor und der Wald. Herr Ruff, den Wald könnte man ohne Weiteres ohne „Freizeithalligalli“ und Hundefreilaufzone problemlos auslichten. Dort muss wahrscheinlich etwas getan werden. Diese Nutzung ist jedoch kontraproduktiv.

Frau Dr. Menges, Ihnen ins Stammbuch: Wissenschaftliche Studien belegen, dass allein die Anwesenheit von Hunden - die können mit oder ohne Hundeführerschein nichts dafür - 30 bis 50 % der Wildtiere und Vögel vertreibt. Der Bezirksausschuss ist nach wie vor der Meinung, im südlichen Bereich soll der Naturschutz Vorrang haben. Für Hunde und Hundefreunde bietet die ursprünglichen Vorlage genügend Freiraum. Ich bitte Sie, diese Ergänzungen rundweg abzulehnen.

StR Quaas:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir haben einen sehr abgewogenen und ausgewogenen Vorschlag in dieser Sitzung vorgelegt. - (Vereinzelt Beifall) - Die Abwägung zwischen den Interessen der Anwohner oder der Bürgerinnen und Bürger und dem Naturschutz ist in einer ausgesprochen verantwortlichen Weise vorgenommen worden. Man muss sich - ich wohne ebenfalls dort draußen - einmal vor Augen halten, wie diese Diskussion entstanden ist.

Wir hatten seit Mitte/Ende der 80er Jahre als Anwohner das Versprechen des damaligen Oberbürgermeisters Kronawitter, dass ein Nordpark entsteht. Daraufhin haben sich viele Bürgerinnen und Bürger entschlossen, weil sie das als ein sehr gutes Angebot empfanden, ihren Wohnsitz dorthin zu verlegen. Sie zogen nicht nur an den Carl-Orff-Bogen, Werner-Egk-Bogen und die umliegenden Neusiedlungen, sondern auch in die in den Generationenumbruch gekommene Kieferngartensiedlung und Grusonsiedlung.

Danach hat man über Jahre hinweg nichts mehr davon gehört. Es gab für diese Leute keine politische Lobby, die sich eingesetzt hätte. Die Bundeswehr hat überhaupt nicht daran gedacht, dieses Übungsgelände aufzugeben. Im Gegenteil, sie haben sogar angefangen, dieses Übungsgelände auszubauen. Am Rande der Heide wurde sogar ein Wall aufgeschüttet, damit nicht so viele Bürgerinnen und Bürger den Übungsbetrieb stören.

Dann kam die Zeit, in der sich die Leute erstmals politisch betätigt haben, weil sie die Situation nicht länger hinnehmen wollten. Eine riesengroße Naturlandschaft, die 10 bis 100 Meter von unseren Häusern weg ist, durfte nicht begangen werden. Eine Zeit lang war im östlichen Bereich sogar eine intensive Nutzung durch Geländemotorradfahrer zu verzeichnen. Das Gelände wurde in jeder Weise um- bzw. durchgepflügt.

In der Zeit, als die Pioniere noch nicht in Ingolstadt waren, sondern noch in der Prinz-Eugen-Kaserne, ist dort auf diesem Gelände, wie man fachmännisch sagt, geschanzt worden. Das hat mir gerade ein Kollege noch mit auf den Weg gegeben. Ich kann mich noch gut erinnern, wie tatsächlich Gräben, Mulden und Ähnliches ausgehoben wurden und zwar mit schwerem Gerät. Es sind Sprengungen vorgenommen und zum Teil ist scharf geschossen worden. Daraus ist dann ein Naturschutzgebiet entstanden. Naturfachleute haben mir gesagt, dass diese durch die Kettenfahrzeuge entstandene hohe Bodenverdichtung so manchen Naturlebensraum erst geschaffen habe. Vorher hat es diese Situation, die Kollegin Krieger eiszeitlich genannt hat, überhaupt nicht gegeben. Die Verdichtung des Bodens durch die Kettenfahrzeuge und durch andere Militärfahrzeuge hat ganz wesentlich zu dem heutigen Zustand der Heidefläche beigetragen.

Wir standen vor der Situation, dass es eine Bürgerbeteiligung, die sehr unterschiedlich interpretiert worden ist, gab. Es gab einige Leute, die sich eingebracht haben. Kollege Altmann hat es richtig gesagt. Ich habe das ebenfalls von verschiedener Seite, also auch von den Befürwortern der sog. harten Linie gehört. Es waren selten mehr als 30 oder höchstens einmal 40 Leute anwesend. Man

hört nunmehr von den Kritikern diese Bürgerbeteiligung, die die Regierung von Oberbayern federführend durchgeführt hat, dass die Meinungen oft gleich verteilt waren. Man habe sich nicht eindeutig für die ganz harte Linie ausgesprochen, sondern der Moderator habe alles daran gesetzt, genau in eine Richtung hinzuwirken, nämlich in die Richtung, die die Regierung von Oberbayern bzw. die naturfachlichen Behörden haben wollten. - (Beifall)

Letztendlich sei es nicht einmal zu einer richtigen Abstimmung gekommen, wie von allen Seiten berichtet wird, sondern es wurde eine Zusammenfassung durch den sogenannten Moderator vorgenommen. Der Moderator hat die Dinge offenbar grundlegend anders verstanden als ein Großteil der an der Bürgerbeteiligung beteiligten Menschen. Ein Teil war am Ende zufrieden und ein anderer unzufrieden. Die Leute vor Ort sagen inzwischen, dass diese Bürgerbeteiligung mehr oder weniger eine Farce war, weil eigentlich nichts anderes dabei herausgekommen ist als ein Streit zwischen Nachbarn.

Diejenigen, die sich nun zu Wort gemeldet haben - das haben die Kollegen Ruff und Altmann deutlich gemacht - waren Leute, die Unterschriften bei den Menschen, die der Heide am nächsten wohnen, gesammelt haben. Dabei sind sie entweder auf vollkommenes Unverständnis oder auf großes Verständnis für ihre Position, in der sie ein nahezu komplettes Betretungsverbot gefordert haben, gestoßen. - (Zwischenruf) - Ja, so ist es! Es ist ein nahezu komplettes Betretungsverbot für die Flächen, die ziemlich nah an der Bebauung liegen.

Ungefähr 400 oder 500 Meter von der Bebauung entfernt, befindet sich ein Wäldchen, hinter dem sich die Heide weiter bis an unsere Nachbargemeinden erstreckt. Dieser Teil wurde von der Bundeswehr und vorher von den Amerikanern in gleicher Weise behandelt wie der vordere Teil. Der wohnortferne Teil jedoch ist von den Naturschutzbedingungen bei Weitem nicht so betroffen, wie der vordere Teil. Das ist realitätsfern. Wir sind für den Naturschutz und wollen dafür auch etwas tun. Wir können jedoch den Wunsch unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gut nachvollziehen, dass sie ein nahegelegenes Naturschutzgebiet betreten sowie zur Erholung und Entspannung nutzen möchten. Die Anwohner möchten das Gebiet auch mit Hunden betreten, ohne dass hohe Bußgelder im Raum stehen, die Hunderte von Euro betragen können, falls sie es nicht so nutzen, wie sich der Gesetzgeber respektive ein Teil der Schützer das vorstellt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es ernsthaft im Interesse der Politik oder der Bürgerinnen und Bürger liegt, dass Leute, die nichts anderes machen als mit ihren Hunden spazieren zu gehen, ein

Bußgeld von 200, 300 oder 500 € bezahlen sollen, nur weil sie 50 Meter vom vorgeschriebenen Weg entfernt gehen.

Ich denke, wir sollten an die Menschen denken, die Erholung suchen und in Freimann eine Heimat gefunden haben. Man sollte ein vernünftiges Augenmaß bewahren. Meines Erachtens ist das mit diesem Kompromiss gut gelungen. Ich frage mich, warum die Position der Grünen in diesem Fall so aussieht. Bisher meinte ich, Ihr kämpft auch für die Menschen und nicht nur für eine unberührte Natur. Die Menschen sollten mit der Natur im Einklang stehen: Dabei sollte die Natur jedoch keinen höheren Wert als die Menschen haben. - (Vereinzelt Beifall)

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

StRin Krieger:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, die noch anwesend sind! Herr Quaas hat mich herausgefordert. Ich muss noch ein paar Sätze sagen. Das klingt toll und wunderbar, wie Sie sich für die Menschen einsetzen. Ich finde es nicht fair, wenn Sie behaupten, wir setzen uns nicht für die Menschen ein. Ich habe gesagt, dass wir einige Dinge mittragen und dass wir kompromissbereit gewesen wären. Ich denke, dass das Zonenkonzept die Menschen mitnimmt. Sie setzen sich jedoch vor allem für Hunde und die Hundebesitzer ein. Damit gehen wir nicht mehr d' accord, das können wir nicht mehr mittragen.

Ich möchte noch einmal etwas zum Thema Beteiligungsprozess sagen. Sie können diesen Beteiligungsprozesse nicht für irrelevant erklären, weil nur 30 Leute zu den Terminen gegangen sind. Vielleicht passt Ihnen auch einfach das Ergebnis nicht. Diese Diskussion haben wir permanent. Ich wohne in der Nähe des Josephsplatzes und kenne seit vielen Jahren diese Argumentation. Die Leute sagen, sie konnten nicht zur Bürgerversammlung gehen. In einem Beteiligungsprozess kann man nicht für jeden einen persönlichen Termin machen. Das geht nicht.

Wenn man sich beteiligen möchte, dann muss man sich die Zeit nehmen und hingehen. Wie soll andernfalls ein Beteiligungsprozess aussehen? Ich finde das ehrlich gesagt sehr schwierig, wenn wir sagen, dieser Beteiligungsprozess hat uns nicht gepasst. Wir nehmen ihn deswegen nicht ernst und machen alles ganz anders, obwohl wir zwei Jahre miteinander geredet haben. Bitte nehmen Sie künftig vom Thema Beteiligung Abstand! Wir können uns das Geld und die Zeit sparen. Fassen wir einfach nur noch Beschlüsse im Stadtrat und beobachten, was passiert. Ich finde das Vorgehen nicht o. k. - (Beifall)

BM Schmid:

Vielen Dank, Kollegin Krieger. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zur Abstimmung des gemeinsamen Änderungsantrages von CSU, SPD, Bürgerliche Mitte, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ÖDP und DIE LINKE. Es wurde von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen/RL eine punktweise Abstimmung gewünscht.

Ziffer 1 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL **beschlossen**.

Ziffer 2 bis 4 werden in der Fassung des Antrags der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Ziffer 5 neu wird **einstimmig beschlossen**.

Der mündliche Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL zu Ziffer 6 neu, die Worte „innerhalb der Übergangsfrist von zwei Jahren“ zu streichen, wird gegen die Stimmen der Antragstellerin **abgelehnt**.

Ziffer 6 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und Stadtrat Wächter **beschlossen**.

Ziffer 7 neu wird **einstimmig beschlossen**.

Ziffer 8 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL **beschlossen**.

Ziffer 9 bis 16 werden in der Fassung des Antrags der Referentin Ziffer 5 bis 12 **einstimmig beschlossen**.

Ziffer 17 neu wird **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Krieger:

Ich möchte zu Ziffer 1, der wir nicht zugestimmt haben, etwas erläutern. Wir sind selbstverständlich für die Ausweisung eines Naturschutzgebietes, können jedoch nicht allen Punkten zustimmen. Wir

unterstützen die Themen Hundeführerschein, Wegenetz und Tütenspender. Darüber hinaus befürworten wir die Bänke sowie die ausgewiesenen Wege. Ich denke, das war es.

BM Schmid:

Vielen Dank, Frau Kollegin Krieger. Damit kommen wir nach meinen Notizen zum neu eingefügten Tagesordnungspunkt 6 in der öffentlichen Sitzung. Wie bereits ausgeführt, behandeln wir in öffentlicher Sitzung, was man öffentlich behandeln kann. Das ist allen bewusst. Bitte schön.

- Auf Antrag von StR Dr. Mattar wird in öffentlicher Sitzung als Tagesordnungspunkt A 6 ö (neu) über Tagesordnungspunkt A 6 der nichtöffentlichen Sitzung beraten. -

Ankauf von 5 bebauten Grundstücken

1. Stadtbezirk Altstadt-Lehel

5. Stadtbezirk Au-Haidhausen

10. Stadtbezirk Nymphenburg

Änderung des Mehrjahresinvestitionsprogrammes

2014 - 2018

Aktensammlung Seite 2745

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben eine sehr ausführliche Diskussion über die Größe von Hundeleinen gehabt, nunmehr geht es nur um lapidare 200 Mio. €, die man sozusagen nebenbei beschließt. Ich denke, es muss dem Stadtrat bewusst sein, in welcher Dimension wir mit dieser Vorlage eine Entscheidung treffen. Der Grund für die überfallartige Befassung, ist wohl eine Notmaßnahme für die Stadtwerke München GmbH. Nachdem wir bereits in der letzten Vollversammlung eine Kapitalerhöhung beschlossen haben, soll nun noch einmal ein Betrag in einer Größenordnung von über 200 Mio. € fließen. Diese Zahl ist mit Nebenkosten genau in der Vorlage zum 1. Nachtragshaushalt beziffert worden.

Es ist bemerkenswert, dass wir als Stadtrat bei einer 100-Prozent-Tochter nicht in der Lage sind, diese Grundstücke detaillierter sowie öffentlich zu behandeln. Wir werden auf jeden Fall Parteifreunde motivieren, dies gemäß der Informationsfreiheitsgesetzgebung öffentlich zu machen. Die Stadtwerke München GmbH als unserer Tochtergesellschaft haben sich der Informationsfreiheitsgesetzgebung unterworfen. Deshalb ist es absurd, dass wir diesen Bereich, der der Informationsfreiheitsgesetzgebung unterworfen ist, so behandeln als ginge es um einen fremden Dritten. Die Stadtwerke München GmbH als 100-Prozent-Tochter der Stadt München ist kein fremder Dritter.

Eine interessante Frage ist zudem, ob die Preise, die von Seiten der Stadt bezahlt werden... Im Übrigen sind das Grundstücke, die wir einmal sozusagen an die Stadtwerke München GmbH bei der Gründung 1998 verschenkt haben. Jetzt kaufen wir sie teuer zurück. Wenn man die Presseberichte der Stadtwerke München GmbH nachvollzieht, kann man Mutmaßungen anstellen. Herr Dr. Bieberbach hat im ersten Halbjahr gesagt, er rechne, dass die Stadtwerke München GmbH

dieses Jahr einen Verlust von 80 - 85 Mio. € machen. Kürzlich hat er geäußert, er gehe davon aus, dass es eine schwarze oder eine rote Null werde, d. h. also ungefähr ausgeglichen sein werde. Das wundert einen nun überhaupt nicht mehr. Denn jetzt werden durch diesen Deal stille Reserven aufgedeckt und damit der erkennbare Verlust einfach weggeschafft. Das ist ein hervorragender Trick, der mit diesem Deal gemacht wird. Daher denke ich, das ist ein Politikum. Deshalb ist die Debatte wirklich notwendig.

Ich habe Zweifel, ob die Preise korrekt sind. Wir bekommen zwar in der nichtöffentlichen Vorlage Bewertungsgutachten vorgelegt, trotzdem habe ich Zweifel. Meine Zweifel werde ich in der nichtöffentlichen Debatte noch einmal substantiieren. Leider kann ich das jetzt nicht machen, weil ich nicht auf die einzelnen Zahlen eingehen darf. Ich bitte Sie herzlich, sich bei der Abstimmung genau zu überlegen, ob wir dieses Geld der Stadtwerke München GmbH geben sollen. Im nichtöffentlichen Teil steht ein weiterer Tagesordnungspunkt, der eine Investition der Stadtwerke München GmbH fernab von München und Deutschland beinhaltet. Letztlich verschieben wir Geld, das der städtische Haushalt dringend für Investitionen in München braucht, in ferne Investitionen, die den Münchner Bürgern nichts bringen. - (Vereinzelt Beifall)

StRin Wolf:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Aus der nichtöffentlichen Vorlage „Grundstückskauf“ geht hervor, dass der Kauf eine positive Rendite für die Stadt bringen soll. Man fragt sich daher selbstverständlich, warum die Stadtwerke München GmbH diese gute Investition aufgibt. Sie müssen diese Grundstücke noch nicht einmal finanzieren. Das lässt bei mir in Bezug auf den städtischen Haushalt sämtliche Alarmglocken läuten. Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir von der Stadtwerke München GmbH jedes Jahr 100 Mio. € für den städtischen Haushalt vereinnahmen können. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass Gewinne und Verluste der Stadtwerke München GmbH gleichermaßen auf uns zukommen. Durch das verdeckte Gebiet Politik der Stadtwerke München GmbH können ganz entscheidende Risiken auf den städtischen Haushalt durchschlagen.

Auch wenn wir in dieser Sitzung keine Haushaltsdebatte führen, sondern nur im Rahmen der Geschäftsordnung, möchte ich darauf hinweisen, dass die Stadt genau hinschauen muss. Wir müssen uns überlegen, ob wir die Ausrichtung der Stadtwerke München GmbH in diesem Bereich nicht ändern müssen. Ich verweise auf den heutigen SZ-Bericht „Dallas in der Nordsee“. Ein Problem ist, dass sich die Investitionen in Gas- und Ölfelder auf absehbare Zeit nicht rentieren werden. Herr Pretzl, Sie können das gerne richtigstellen, wenn Sie meinen, das es nicht richtig ist. Die

Stadtwerke München GmbH investieren nicht international aus reinem Eigenantrieb, sondern dies geschah im Auftrag des Stadtrates. Es wäre vielleicht an der Zeit, wenn wir über den Haushalt und Haushaltslöcher reden, dass man diese Politik überdenkt und zwar kritisch. Andernfalls produzieren wir unsere Haushaltslöcher selbst. Dankeschön.

StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich melde mich nur zum Thema Ankauf der Grundstücke zu Wort. Herr Kollege Pretzl wird zum Thema Stadtwerke München GmbH sprechen. Herr Dr. Mattar, ich lasse es dahingestellt, wie die Frage der betriebseigene Grundstücke in der Vergangenheit von der Stadtwerke München GmbH genannt wurde. Ich lasse das ausdrücklich im Raum stehen.

Heute geht es um die Frage, ob die Stadt München Grundstücke der Stadtwerke München GmbH ankauft. Dabei kann es eigentlich nur um die Frage gehen, ob dies rentabel für die Stadt München ist und ob die Grundstücke auch in der Zukunft wertsicher sind. Wir werden das im nichtöffentlichen Teil noch einmal diskutieren müssen. Ich denke, in Kenntnis des bisherigen Grundstücksverkehrs dieser Stadt, liegen die Preise sogar am unteren Ende der Bewertung. Im Kommunalreferat werden laufend Grundstücke an- und verkauft. Es mag manchmal verwunderlich sein, wie sich die Preise entwickelt haben, aber ich halte sie - wir werden das im nichtöffentlichen Teil noch einmal genauer diskutieren - angesichts der Situation in München nicht für überzogen.

In dieser Sitzung steht die Entscheidung auf der Tagesordnung, ob es für die Stadt München ein Geschäft ist und ob es angemessen ist, das so durchzuführen. Zum derzeitigen Zeitpunkt kann man das auf alle Fälle mit Ja beantworten.

StR Reissl:

- Der Beitrag wurde nicht autorisiert und musste daher gelöscht werden. -

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Reissl, dass die großen Energieversorger alle Probleme haben, liegt nicht in der ureigensten Geschäftspolitik dieser Unternehmen, sondern an der genialen Energiewende von Frau Merkel. Den Unternehmen wird auf einmal die Geschäftsgrundlage entzogen. Es rechnet sich nichts Vernünftiges mehr in Deutschland. Kein Gaskraftwerk! Das Einzige, was sich rechnet, sind alte Kohlekraftwerke. Das ist doch der Irrsinn dieser Energiewende. Wir brauchen aber keine Grundsatzdiskussion zur Energiewende zu führen.

Ich will nur den Hinweis geben, dass die großen Energieversorger RWE und E.ON ursprünglich auch staatliche oder kommunale Unternehmen waren. Bis zum heutigen Tag stehen hinter der RWE vor allem Kommunen. Bei E.ON war es früher das Bayernwerk. Von daher sieht man, dass staatliches Handeln auch ein Problem darstellt. Aber, wie gesagt, das Grundlegende ist die Energiewende. Wenn Sie sagen, Investitionen laufen mal gut und mal schlecht, sage ich Ihnen: Privatinvestoren ist das Risiko bewusst. Wenn wir aber Risiken mit Steuergeldern eingehen und spekulieren, halte ich das für sehr problematisch. Jedem Privaten ist es zugestanden, weil er es mit eigenem Geld macht. Aber hier verwenden wir Steuergelder.

Zu den Erträgen: Natürlich ist es so, dass die erneuerbaren Energien Erträge abwerfen. Aber welche Erträge sind das? Es sind die Subventionen des Stromkunden. Nur deshalb gib es Erträge. In einer Anfrage, die leider nicht veröffentlicht wurde, haben wir gefragt, welche Subventionslast dem deutschen Bürger durch den kürzlich eröffneten Windpark aufgebürdet wird. Es sind dreistellige Millionenbeträge pro Jahr. Das nehmen sich die Stadtwerke. - (StR Reissl: Wie alle anderen auch!) - Ja, wie alle anderen auch. Aber das hat nichts mit dem eigentlichen Geschäft der Stadtwerke München GmbH zu tun. Es sind, wie in der Bilanz zu lesen ist, Finanzanlagen. Es sind Finanzanlagen wie bei der Münchener Rück oder bei der Allianz. Mit dem Kerngeschäft hat das nichts zu tun.

Ich möchte auch erwähnen, dass die uns vorgelegten Kalkulationen nicht erreicht werden. Die Renditeversprechen sind nicht in dem Maße eingehalten worden. Wenn Sie sagen, dass es die niedrigen Zinsen sind, die Probleme bereiten, gebe ich Ihnen recht bezüglich der Pensionsrückstellungen und der Rückstellungen für die Entsorgung des Kernkraftwerks. Aber die niedrigen Zinsen helfen auch, eine gewisse Profitabilität der erneuerbaren Energien herzustellen; denn die Stadtwerke München GmbH hat sich mit über 2 Mrd. € Bankschulden hoch verschuldet. Die kann sich die Stadtwerke München GmbH im Grunde nur leisten, weil das Zinsniveau so niedrig ist. Deshalb werden natürlich auch völlig unrealistische Renditen angesetzt, nämlich viel zu niedrige im Verhältnis zum Risiko. Die Stadtwerke argumentieren, eine Rendite von 3 % oder 4 % bei einer Investition in Windräder ist schon recht gut, weil sie am Kapitalmarkt nur 1 % oder ½ % bekommen. Das ist aber eine völlig falsche und sehr kurzfristige Betrachtungsweise aus der jetzigen Situation heraus. Die Risikosituation bildet diese Renditebetrachtung nicht ab. - (Beifall der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung)

StR Pretzl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man muss einiges richtigstellen. Herr Dr. Mattar, Sie versprechen sich in Ihrem Beitrag ganz deutlich. Ich werde darauf zurückkommen. Zunächst möchte ich auf den Beitrag der Kollegin Wolf eingehen, weil das Behauptungen sind, die immer wieder in den Raum gestellt werden. Der Kollege Reissl hat es gesagt: Sie werden dadurch nicht wahrer. Wir führen diese Diskussion in nichtöffentlicher Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft. Herr Dr. Mattar, dort sind Sie nicht vertreten. Es wäre ganz gut, wenn Sie einmal als Gast kämen. Es brächte Ihnen vielleicht den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. Es ist einfach falsch, dass die Öl- und Gasfelder, die die Stadtwerke München erworben haben, allesamt nicht profitabel sind. Sie sind alle profitabel. Es gibt ein Feld, bei dem es Probleme gibt. Aber selbst dieses Feld ist noch profitabel. Das kann jeder, der sich die Mühe macht, in den nichtöffentlichen Vorlagen für den Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft nachlesen. Wenn er es nicht wissen will, ist es seine persönliche Entscheidung. Aber dann sollte man sich zurückhalten, solche falschen Behauptungen in die Öffentlichkeit zu tragen. - (Beifall der CSU)

Ich komme insgesamt zur Profitabilität: Es ist richtig, dass einzelne Projekte der Stadtwerke München GmbH nicht die Profitabilität erreichen, die man in einer gewissen Euphorie Anfang des Jahrtausends angenommen hat. Herr Dr. Mühlhäuser hat damals sehr optimistisch kalkuliert, und die Profitabilität einiger Projekte liegt tatsächlich darunter. Aber es ist immer noch eine sehr gute Profitabilität. Es ist eine sehr gute Eigenkapitalrendite. Die Projekte sind immer noch deutlich besser als der Markt.

Herr Dr. Mattar, ich weiß nicht, was Sie bezüglich der Stadtwerke wollen. Einerseits sagen Sie, die Stadtwerke München GmbH darf kein Risiko eingehen, weil das den Privaten vorbehalten ist und wir mit Steuergeldern agieren. Gleichzeitig wollen Sie, dass die Stadtwerke nur das klassische Energiegeschäft machen. Ich weiß nicht: Kohle? Gas? Das verbrennt momentan Geld. Da würden sie draufzahlen. Vorhin haben Sie gesagt, wir verschieben städtisches Geld in ferne Länder, in Investitionen, die der Stadt nichts bringen. Diese Investitionen in fernen Ländern sind der Bereich, in dem die Stadtwerke München GmbH Geld verdient und in der Lage ist, sehr viel für diese Stadt zu leisten. Jedes unternehmerische Handeln birgt ein Risiko. Das brauche ich einem Mitglied der FDP wohl nicht zu sagen. Wenn nur private Investoren ein Risiko eingehen dürften, müsste man die Stadtwerke München GmbH privatisieren, weil sie nur dann investieren dürfte. Selbst der Bau einer Straßenbahnlinie birgt ein unternehmerisches Risiko. - (Unruhe) - Sie haben gesagt, unternehmerisches Risiko ist Privaten vorbehalten. Wenn Sie dieser Meinung sind, bleibt nichts anderes

übrig als eine Privatisierung der Stadtwerke, die wir als CSU definitiv nicht wollen. Wir wollen gesunde Stadtwerke, die Geld verdienen und die Stadt zukunftsfähig machen.

Wir kommen zum eigentlichen Kern: Die Stadtwerke München GmbH nimmt diese Investitionen nicht aus Jux und Tollerei vor, um damit Geld zu verdienen, sondern um langfristig die Energieversorgung der Stadt zu sichern. Wir haben in diesem Stadtrat beschlossen, dass wir in der Lage sein wollen, den Energiebedarf Münchens zu decken. Wir haben sogar beschlossen, dass wir in der Lage sein wollen, den Energiebedarf Münchens bis zum Jahr 2025 komplett mit erneuerbaren Energien zu decken. - (StR Dr. Mattar: Der Strom kommt doch nie an!) - Das ist eine Milchmädchenrechnung! Herr Dr. Mattar, Sie können doch nicht sagen, dass Sie auf dem Stadtgebiet München so viel Strom erzeugen wollen, wie die Stadt verbraucht. Das können Sie schon, aber dann müssen Sie in München ein Atomkraftwerk oder ein großes Gaskraftwerk bauen. Das ist aber der vollkommene Einstieg in die fossile Energieerzeugung. Wenn das Ihr Ziel ist, können Sie das gerne fordern. Dann können wir uns politisch darüber streiten. Aber die Stadtwerke München GmbH setzt das um, was der Stadtrat in einer sehr breiten Mehrheit beschlossen hat - ich glaube, damals hat die FDP mitgestimmt -, nämlich bis 2025 die komplette Stadt mit erneuerbaren Energien zu versorgen.

Sie sagen, die Investition in Windkraftanlagen ist hoch riskant. Die Investition in Windkraftanlagen ist überhaupt nicht mehr hoch risikoreich. Ein unternehmerisches Risiko besteht überall. Aber die Windenergie ist mittlerweile eine erprobte Technologie, die sehr störungsfrei läuft. Dann fangen Sie mit dem Nächsten an. Entweder Sie haben sich damit nicht beschäftigt, oder Sie wollen einen Popanz aufbauen und die Stadtwerke München GmbH in eine Situation nahe der Pleite reden. Die Windkraftanlagen sind so finanziert, dass die Finanzierung in der Regel ausgelaufen ist, wenn die Förderung ausläuft, so dass von den Investitionen her das Risiko absolut überschaubar ist. Eine abgeschriebene Windkraftanlage hat praktisch keine variablen Kosten mehr. Es ist egal, ob weitere Subventionen in die Windenergie gezahlt werden oder nicht. Aber wenn man sich mit der Marktsituation und mit den Anlagen nicht beschäftigt, ist es sehr leicht, Ideen vorzutragen, Anschuldigungen zu erheben oder dramatische Situationen zu schildern, die mit der Realität nichts zu tun haben.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas sagen, weil Frau Kollegin Wolf gefragt hat, warum die Stadtwerke München GmbH die Immobilie nicht selbst hält. Das ist doch klar: Weil es nicht das Kerngeschäft der Stadtwerke ist, Immobilien zu besitzen und zu vermieten und dafür Rendite zu erzielen. Die Rendite, die die Stadtwerke München GmbH erzielen kann, wenn sie das Geld in

erneuerbare Energieerzeugungsanlagen investiert, ist doch deutlich höher als die Rendite in München. Allerdings ist diese Mietrendite für die Stadt hervorragend.

Zum Abschluss noch eine persönliche Angelegenheit: Ich freue mich sehr, dass die Stadt München heute den Beschluss zum Kauf der Immobilie fasst, weil ich der Meinung bin, dass es in dieser Stadt langfristig - ich rede von 20, 30, 40, 50 Jahren - kein knapperes Gut als Grund und Boden gibt. Wenn man eines von der Katholischen Kirche lernen kann, dann das, dass Investitionen in Grund und Boden über einen sehr langen Zeitraum das Sicherste sind. Sie können von der Katholischen Kirche nicht einmal eine saure Wiese kaufen. Die bekommen Sie maximal auf Erbpacht. Nachfolgende Generationen in diesem Stadtrat werden sehr dankbar sein, dass die Stadt München in attraktiven Innenstadtlagen eigene Immobilien hat. Das Einzige, das wir in der Stadt nicht vergrößern und nicht vermehren können - Eingemeindungen halte ich für ausgeschlossen -, ist unser Anteil an Grund und Boden. Das wird das knappe Gut der nächsten Jahrzehnte sein. Ich bin sehr froh, dass wir das haben.

Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, lieber Herr Kollege Pretzl, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Alles, was Sie hier vorgetragen haben, insbesondere zur Versorgungssicherheit, ist völlig daneben. Wenn wir Versorgungssicherheit haben wollen, müssen wir die Leitungen kaufen. Das würde uns ein bisschen Versorgungssicherheit geben. Aber Ihr Kollege Seehofer ist dabei, im Grunde zu verhindern, dass es weiterhin eine wirklich sichere Energieversorgung gibt. Es sind Finanzanlagen, und es ist völlig klar, dass dieser Strom niemals hier ankommt. Es geht allein darum, ein politisches Zeichen zu setzen. Das ist auch in allen Umweltbilanzierungsfragen immer so festgehalten worden. Kollege Lorenz, der nicht mehr im Stadtrat ist, hat das in seinen Unterlagen auch immer dargestellt. Mich erinnert das, was Sie, Herr Pretzl, vorgetragen haben, an die Euphorie der Bayerischen Staatsregierung bei der Bayerischen Landesbank. Das war auch eine absolute Großmannssucht. Wir mussten überall präsent sein, damit wir die bayerische Wirtschaft unterstützen. Wir haben gesehen, dass es völliger Unsinn war. Wir haben keinen vernünftig unterstützt, sondern einfach nur Geld verbrannt.

BM Schmid:

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Damit ist dieser Punkt in öffentlicher Sitzung ausreichend diskutiert und besprochen worden. Weiteres in nichtöffentlicher Sitzung.

Sicherung der sozialen Infrastruktur für die Bevölkerungsgruppe der Lesben, Schwulen und Transgender in München -**Regenbogenfamilien in München stärken und unterstützen!****Antrag Nr. 247 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 19.09.2014**

Aktensammlung Seite 2633

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über das Thema schon im Ausschuss diskutiert. Ich möchte es aber heute noch einmal aufgreifen, weil ich es vor allen Stadträtinnen und Stadträten vortragen möchte: Mir geht es darum, dass wir den Stand von 2015 mit 19 Einrichtungen und einem Betrag von 3.724.634 €, der zu den freiwilligen Ausgaben zählt, aufgrund der Haushaltssituation und dem ständigen Hochschrauben von freiwilligen Leistungen einfrieren. Das heißt, es sollen nicht, wie in der Vorlage beantragt, für das Jahr 2016 zwei weitere Einrichtungen mit wieder 300.000 € aufgestockt werden. Aus der Vorlage geht hervor, dass ein Finanzierungsvolumen und ein Trägerantrag für das Jahr 2017 vorliegt, und zwar wieder um weitere 150.000 €. Die Vorlage zeigt auch, dass sich bereits im Jahr 2015 das gesamte Finanzvolumen verdoppelt hat. Im Jahr 2007 wurde mit 1.865.000 € begonnen, dann wurde jedes Jahr weiter gefördert und die Summe um 300.000 €, 400.000 € und sogar um 600.000 € erhöht. Irgendwann sollte Schluss sein.

Deswegen stelle ich den mündlichen Änderungsantrag zur Abstimmung, die Ausgaben von 3.724.634 auf dem Stand 2015 für die nächsten Jahre vorerst einzufrieren.

Sofern notwendig, kann man in ein paar Jahren über eine weitere Erhöhung in angemessenem Rahmen diskutieren. Aber jetzt reicht der Betrag bei Weitem, weshalb ich den Änderungsantrag zur Abstimmung stelle.

StR Richter:

Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich bin dem Kollegen Altmann dankbar, dass er das Thema überhaupt in die Diskussion gebracht hat. Ich möchte allerdings noch etwas weiter ausholen und über den Kollegen Altmann hinausgehen. Wir sprechen hier von Sicherung der sozialen Infrastruktur für die Bevölkerung der Lesben, Schwulen und Transgender in München. Ich bin der Meinung, es braucht keine Sicherung einer solchen Infrastruktur für diese vermeintliche Bevölkerungsgruppe. Deswegen bin ich auch nicht dafür, wie der Kollege Altmann vorschlägt, die

anfallenden Kosten auf einem bestimmten Stand einzufrieren, sondern ich bin schlicht und einfach dagegen, hierfür überhaupt Geld auszugeben. Das, worum es hier geht, ist nichts anderes als Schwulenpropaganda. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich die Politik in Russland in dieser Hinsicht für nachvollziehbar halte. In Russland ist Schwulenpropaganda verboten. Wir brauchen so etwas auch in Deutschland nicht. Wir haben Grundrechte und Menschenrechte. Bei uns wird niemand verfolgt und niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert. Das ist gut und richtig. Das reicht aber auch. Es besteht doch überhaupt kein Grund, dass wir Minderheiten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung fördern. Es handelt sich dabei um Minderheiten, um Bevölkerungsgruppen im Promillebereich, wenn ich mir die Transgender anschau. Warum müssen diese Bevölkerungsgruppen gefördert werden? Warum müssen öffentliche Gelder aufgewendet werden, damit sehr abseitige Bevölkerungsgruppen gesichert und propagiert werden können? Ich sehe das nicht ein.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Das geht aus der Beschlussvorlage schön hervor. Es ist gut, dass es so klar dokumentiert wird. Zum Beispiel ist ausführlich von Schulbesuchen die Rede. Es ist auch das erklärte Ziel der Stadt, schwul-lesbische Lebensweisen möglichst frühzeitig an die Schüler in München heranzutragen. Das muss nicht sein. Wenn man sich die Summen anschaut, die dafür aufgewendet werden! Es sind alles Summen, die aus dem Steuersäckel aufgewendet werden müssen. Das halte ich für unstatthaft. Das ist Schwulenpropaganda. Das muss nicht sein. Deswegen bin ich nicht dafür, diese Summen auf einem Stand einzufrieren. Ich werde auch gegen den Antrag von Herrn Altmann stimmen, weil ich überhaupt nicht möchte, dass hierfür irgendwelche Steuergelder aufgewendet werden. Herzlichen Dank.

BM Schmid:

Herr Richter, Ihre Haltung gegenüber Minderheiten ist der großen Mehrheit dieses Hauses seit Langem bekannt und bewusst. Allein durch die Begrifflichkeit, die Sie gewählt haben, zeigen Sie, wes Geistes Kind Sie sind. Wir verfolgen eine andere Politik und helfen dort, wo es nötig ist, auch wenn es um Minderheiten geht. - (Allgemeiner Beifall)

Der mündliche Änderungsantrag von StR Altmann, die Summe auf dem Stand von 2015 einzufrieren, wird gegen die Stimmen der Fraktion Bürgerliche Mitte - FW/BP und StR Wächter **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Stadt- und Fluss - Rahmenplanung innerstädtischer Isarraum

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 2703

StR Ruff:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute zu Beginn der Sitzung schon einige Turbulenzen, den Haushalt betreffend. Wir hatten eine massive Haushaltsausweitung, was unter anderem daran lag, dass wir Personalmehrungen noch und noch beschlossen haben. Diese Personalmehrungen entstanden zum Teil dadurch, dass wir Studien, Prüfungen, vertiefende Prüfungen und vertiefende Untersuchungen in Auftrag gegeben haben.

Damit komme ich zu Ziffer 16 des Antrags der Referentin. Es soll geprüft werden, ob in der Isar ein Flussbad möglich ist. Ich halte diese Prüfung für unnötig. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Flussbad in der Isar nicht möglich ist und darf das erläutern.

Wer die Beschlussvorlage des Planungsreferates aufmerksam gelesen hat, wird feststellen, dass die kleine Isar naturschutzrechtlich hochwertig ist, dass sie einer weiteren intensiveren Nutzung nicht zugeführt werden sollte. Es bleibt die große Isar, eingezwängt in Betonmauern, ein äußerst gefährlicher Flussabschnitt mit mehreren Todesfällen wie dem Streich-Wehr, dem Prater-Wehr, dem Einlauf des Eisbaches, dem Prater-Kraftwerk. Schon für die renaturierte Strecke oberhalb musste man sehr lange mit dem Versicherer verhandeln, ob man, obwohl hier Flachufer ausgeprägt sind, Baden zulassen kann.

Ich halte es für äußerst problematisch, ein Flussbad zu installieren. Baden in der Isar ist dort möglich, wo man Flachufer hat. Wir haben eine renaturierte Isar, wo es sehr viele Flachbereiche abseits von Wehranlagen gibt, wo man baden könnte. Herr Reissl und ich haben vor zwei Jahren beantragt, diese Renaturierung fortzuführen. Dann würden weitere Stellen geschaffen, wo das Baden möglich wäre.

Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass Baden in der Isar nur nach einer längeren Trockenperiode zu empfehlen ist. Unser Kanalsystem läuft regelmäßig über. Bei jedem Gewitter wird Misch- und Abwasser, verschmutzt und verdünnt mit Straßenwässern, in die Isar eingeleitet. Diese widerliche Brühe kommt in großen Mengen in die Isar. Wer ein Flussbad ausweisen will, muss Badewasser-Qualität garantieren. Das können wir nicht. Solange unser Kanalsystem nicht einmal den

Normalanforderungen für Gewässer ohne Badenutzung entspricht, können wir kein Flussbad ausweisen.

Warum ist in Zürich ein Flussbad möglich? Zürich wird oft als Beispiel genannt. Warum ist auf Sylt Bergsteigen nicht möglich? - (Heiterkeit) - In Zürich hat man einen Seeablauf mit warmem Oberflächenwasser, eine exzellente Wasserqualität mit sehr geringem Schwebstoffgehalt und kein Geschiebe, außerdem keine Hochwasser-Dynamik. Wir in München haben einen Voralpenfluss mit kaltem Wasser, schwankender Wasserqualität und riesigen Schwankungen, was Wasserführung und Strömung angeht, bedingt durch Hochwasser aus den Alpen. Wir haben eine starke Schwebstoff- und Geschiebefracht.

All das bedeutet, dass man aus Sicherheits- und aus hygienischen Gründen schlecht ein Flussbad schaffen kann. In den tiefen Bereichen lagern sich bei geringer Strömungsgeschwindigkeit Kies und Sand ab, so dass man nicht mehr baden könnte. Dort, wo sich diese nicht ablagern, ist die Strömung zu groß und zu gefährlich. Kurzum: Ein Flussbad in der Isar wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein. Ersparen wir uns also diese Prüfung. Ich bitte um separate Abstimmung über Ziffer 16 des Antrags der Referentin.

Ziffer 16 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von SPD, ÖDP, DIE LINKE. und BIA **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Ökologische Mustersiedlung in der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne
Antrag Nr. 4371 von Bündnis 90/Die Grünen/RL

Aktensammlung Seite 2707

- Die Vorsitzende des BA 13 erhält Rederecht -

Frau Dr. Pilz-Strasser (Vorsitzende des BA 13):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadtbaurätin, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie mir das Wort zugestanden haben.

Zum Thema Ökologische Mustersiedlung lassen sich viele Aspekte beachten. Einer davon ist die inhaltliche Auseinandersetzung, ein anderer betrifft die Nachhaltigkeit der Information und die Ernsthaftigkeit der Bürgerbeteiligung. Auf das erste Thema einzugehen steht mir inhaltlich nur soweit zu, als das zweite Thema betroffen ist. Bei uns im Stadtgebiet steht das Thema Bürgerbeteiligung hoch im Kurs. Wir machen viel in dieser Richtung und sind auch erfahren darin.

Die Chronologie des Geländes der Prinz-Eugen-Kaserne ist Ihnen bekannt. 2010 haben wir erstmalig für München einen eintägigen Open space-Workshop eingefordert und auch bekommen. Es waren an die 200 Beteiligte. Von 2010 bis 2015 gab es acht weitere Beteiligungs-/Informationsverfahren, und dabei sind die vielen Unterausschuss- und Plenumsitzungen nicht eingerechnet.

In all diesen Veranstaltungen wurde über die Ökologische Mustersiedlung gesprochen und deren Qualität hervorgehoben. Der Begriff Ökologische Mustersiedlung impliziert Qualität, aber er scheint kein geschützter Begriff zu sein. Beim Googlen findet man:

„Das Konzept der Ökologischen Mustersiedlung bedeutet Verkehrsplanung, Energiestandard und regionale Energieversorgung.“

Jetzt kann man nicht davon ausgehen, dass für die Ökologische Mustersiedlung eine schlechtere Qualität als für die Öko-Siedlung angedacht ist. Bei muenchen.de wird das Gebiet Prinz-Eugen-Kaserne unter anderem wie folgt beschrieben:

„Die Landeshauptstadt München setzt sich das Ziel, neue Ansätze eines ökologischen Siedlungs- und Wohnungsbaus umzusetzen. In diesem Sinne sollen konzeptionell und technisch innovative Lösungen realisiert werden. Die Entwicklung der Prinz-Eugen-Kaserne ist derzeit ein Projekt für die Ökologische Mustersiedlung.“

Meine Damen und Herren, der Anschluss an die Fernwärme ist keineswegs konzeptionell und technologisch innovativ. Fernwärme ist nicht ökologisch, sondern maximal ökonomisch interessant. Bei diesem Thema ist inzwischen sogar der Freistaat Bayern mutiger, denn Frau Aigner sagt, bis 2025 solle der Anteil der erneuerbaren Energien an der bayerischen Stromerzeugung auf 70 % steigen.

Das alles macht doch Sinn und war bisher auch Meinung der Stadt. So steht es im Billigungsbeschluss. Dort heißt es klar:

„Die Umsetzung der Ökologischen Mustersiedlung hat Vorbildcharakter im Sinne einer künftig ökologischen, energetischen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Im Bereich der Ökologischen Mustersiedlung wird keine Fernwärme zur Wärmeversorgung zur Verfügung stehen.“

Das war nie als Add-on oder als „Nice-to-have“ gedacht. Ich kann in dieser Äußerung keinen Konjunktiv finden.

Besonders schwierig wird diese Kehrtwende für uns im Viertel auch deshalb, weil diese genau die üblichen Vorurteile der Bürgerinnen und Bürger bedient, wie wir sie bei unseren Informationsveranstaltungen und Beteiligungsverfahren um die Ohren gehauen bekommen. Es besteht immer noch die Meinung, es hat überhaupt keinen Sinn, zu den Beteiligungsverfahren zu gehen, die Stadt macht eh, was sie will, und letztlich „verhohnepipelt“ sie die Bürgerinnen und Bürger. Ich kann Ihnen sagen: Die Wortwahl bei den Veranstaltungen war noch eine ganz andere. Das will ich hier allerdings nicht bringen.

Wir haben mit der Thematik auch deshalb besonders viel zu tun, weil die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme die Planung für einen 6 ha großen Bereich im neuen Münchner Nordosten betrifft. Das Planungsreferat hat gemeinsam mit uns die europaweit früheste Bürgerbeteiligung gestaltet. Da ist es schon wichtig, dass das, was gesprochen wird, auch eine gewisse Nachhaltigkeit hat. Selbstverständlich haben Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die Aufgabe und das Recht, schlussendlich nach Gewichtung der Meinungen und der Sachlage unabhängig zu ihrer Beschlussfassung zu kommen. Sie haben in meinen Augen allerdings auch die Pflicht, die eigenen Beschlüsse und das, was den Menschen vor Ort vorgestellt wurde, ernst zu nehmen und - entschuldigen Sie bitte - nicht den Weg zu gehen: Was interessiert uns unsere Beschlusslage von gestern. Vielen herzlichen Dank!

StR Danner:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Planungsreferat hat uns für den letzten Ausschuss eine hervorragende Vorlage unterbreitet, langjährig ausgearbeitet und ausgeklügelt. Leider Gottes kam der Planungsausschuss auf Antrag der SPD zu einem vollkommen anderen Beschluss. Deshalb bitten wir als erstes, den ursprünglichen Antrag der Referentin erneut zur Abstimmung zu stellen.

Lassen Sie mich kurz auf die Historie zurückkommen. Am 17.12.2008 wurde der Klimaschutz-Fahrplan beschlossen. Darin enthalten war die Ökologische Mustersiedlung. Ungefähr ein Jahr später, am 17.11.2009, gab es einen Wettbewerb zur Prinz-Eugen-Kaserne. Aufgabenstellung war unter anderem die Ökologische Mustersiedlung. Am 05.12.2012 erging der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Prinz-Eugen-Kaserne, textliche Beschreibung: Ökologische Mustersiedlung ohne Fernwärmeanschluss. Am 07.03.2013 beschloss der Stadtrat: München schafft Wohnraum im Plus-Energie-Standard. Zuletzt kam im Juni 2013 der Prüfauftrag „München wird international führende Holzbaustadt“.

Außer diesem letzten Antrag ist von der Ökologischen Mustersiedlung bedauerlicherweise nichts übrig geblieben. Das ist ein Ärgernis. Außer Spesen nichts gewesen, nur sieben Jahre Verwaltungsarbeit und zahlreiche Beschlussfassungen im Stadtrat. Wir beschließen schon fast im monatlichen Turnus, dass die Stadtverwaltung neue Arbeitskräfte bekommt. Dann lassen wir diese jahrelang arbeiten, ein hervorragendes Konzept entwickeln, und im allerletzten Moment kommt ein Änderungsantrag, und das gesamte Energiekonzept wird gekippt. Das ist eine vollkommen unseriöse, unerklärliche und unerträgliche Vorgehensweise! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Kurz zum Projekt im Detail: Was ist geplant? Es geht um die größte Öko-Holzbausiedlung in Europa, mit 450 Wohneinheiten, mit zukunftsfähigen Bausteinen, eine Chance für den urbanen Holzbau und eine hervorragende Klimaschutzmaßnahme, die erfreulicherweise nicht in Frage gestellt wird. Das wegweisende Energiekonzept im Plus-Energie-Standard aber, das uns die Referentin vorgelegt hat, kippt. Die breite Nutzung der erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Baustein dieses Konzepts. Auch hier können wir im Moment ein Fragezeichen setzen. Wir haben einen ausgewogenen Wohnungsmix. Ein tolles Kooperationsprojekt mit Fachleuten aus der TU im Rahmen eines Beratungsgremiums soll entstehen. Die Referentin hat uns also ein rundum ausgewogenes Konzept vorgestellt, und Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der Energie-Teil mehr oder weniger komplett herauszunehmen ist. Den SPD-Antrag kann ich nur wie folgt umschreiben: Von der Ökologischen Mustersiedlung zur ökologischen Mogel-Packung.

Mogel-Packung Fernwärme: Wir waren gestern auf einer interessanten Veranstaltung der GEWOFAG. Es ging um die Evaluierung von Gebäuden und Energiekonzepten. Herr Prof. Dr. Hausladen hat Folgendes zum Besten gegeben: Die Fernwärme ist die beste Wärmeversorgung. Er meinte damit aber das System Fernwärme am Beispiel Messestadt mit Geothermie-Versorgung, wo wir immer dabei waren, oder Freiham, das auch über Geothermie mit Wärme versorgt werden soll.

Im Münchner Norden mit unmittelbarer Nachbarschaft des Kohlekraftwerks München-Nord mit einer Verfeuerungskapazität von 800.000 Tonnen Kohle im Jahr wird die Fernwärme in den nächsten 20 Jahren nicht ökologisch zu erreichen sein, sondern es handelt sich um eine schmutzige Wärme durch Verbrennung von Kohle.

Mogel-Packung Gebäude-Mindeststandard: Vielleicht können wir uns im Lauf der Debatte noch verständigen. KfW Effizienzhaus 70 ist kein schlechter Standard - das wurde auch gestern bei der Veranstaltung betont -, aber er ist nicht innovativ. Insbesondere bei der Holzbauweise ist ein gehobener Energiestandard marginal. Er ist mit geringem Mehraufwand sowohl finanziell als auch flächenmäßig herzustellen. Deshalb sollten wir uns nicht auf diesen KfW Effizienzhaus 70-Standard beschränken, sondern wir sollten den Genossenschaften, den Baugemeinschaften und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen, darüber hinauszugehen. Wenn Sie das auch so verstehen, dann sind wir einer Meinung. Allerdings ging das aus Ihrem Änderungsantrag für den Planungsausschuss nicht hervor.

Ich möchte auf den zweiten Abschnitt der Siedlung ehemalige Prinz-Eugen-Kaserne verweisen. Es haben sich zehn Baugemeinschaften und Genossenschaften beworben. Von den zehn Bewerbern haben acht den KfW Effizienzhaus 40-Standard angegeben und zwei den KfW Effizienzhaus 55-Standard. Sollen wir also das Projekt Ökologische Mustersiedlung mit einem im Endeffekt schlechteren Effizienz-Standard als die benachbarte normale Siedlung auf den Weg bringen? Das kann doch nicht wahr sein! Was ist da innovativ und zukunftsfähig?

Vor gut einer Woche hatten wir den Auftakt zum Münchner Klima-Herbst. Frau Jacobs, unsere neue Umweltreferentin, war präsent und hat vor 300 Personen gesagt, den Städten komme eine ganz besondere Bedeutung bei der Bekämpfung der Klimaerwärmung zu. Sie hat weiterhin betont, München und auch sie als Umweltreferentin seien sich der Verantwortung bewusst und würden alles unternehmen, um Münchens ökologischen Fußabdruck zu verbessern. Diesem und auch ihrer gesamten Rede kann ich nur beipflichten. Wenn wir eine Ökologische Mustersiedlung auf den Weg bringen wollen, die diesen Namen verdient, dann müssen wir über das SPD-Papier von letzter Woche hinausgehen.

Mogel-Packung Fördergelder: Sie haben das Förder-Budget von 17,5 Mio. € auf 13,6 Mio. € reduziert. Ich halte es für schwierig, wenn das Planungsreferat mit Experten über lange Zeit hinweg ein ausgeklügeltes Fördersystem auf die Beine stellt und dann ein System in die Wege geleitet wird, bei dem parallel zum Planungsreferat-Fördertopf das Förderprogramm Energieeinsparung angezapft wird. Am Ende wird es gegebenenfalls deutlich teurer als der Fördertopf, den uns die Planungsreferentin vorgeschlagen hat. Also ist diese Änderung bezüglich der Reduzierung der Fördergelder eine Mogel-Packung. Am Schluss wird es noch teurer. Es gibt nur einen Verschiebe-Bahnhofe zwischen Planungsreferat und RGU. Es macht Sinn, alles im Planungsreferat zu behandeln. Wenn Sie wirklich eine Ökologische Mustersiedlung auf den Weg bringen wollen, die diesen Namen verdient, dann unterstützen Sie bitte unseren Änderungsantrag, den Originalantrag der Referentin zu übernehmen oder hilfsweise unseren Änderungsantrag, dass wir erneuerbare Energien zulassen und keinen Benutzungszwang ausüben. Dieser ist nicht wirtschaftlich. Das wurde auch gestern bei der Veranstaltung der GEWOFAG mehrfach betont. Der Anschluss an das Fernwärmenetz ist finanziell ein großer Brocken. Am Pius-Platz beispielsweise hat man diesen nicht gemacht, weil die künftigen Benutzer letztendlich durch die Fernwärme finanziell stärker belastet würden als bei Anwendung eines alternativen Energiekonzeptes.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StRin Rieke:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Dr. Pilz-Strasser! Was bauen wir hier? Wir bauen Wohnungen, und davon braucht München viele sehr schnell, und zwar kostengünstig und ökologisch nachhaltig. Die Klimaschutzziele haben wir entgegen der Darstellung von Herrn Danner dabei sehr wohl im Blick. Wir sind aber auch lernfähig. Das kommt noch hinzu.

Eine Definition zur Ökologischen Mustersiedlung gibt es tatsächlich nicht. In diesem Fall haben wir mehrere Voraussetzungen, die ein ökologisches Muster bilden. Als erstes haben wir die Holzbaweise. Das war seinerzeit noch gar nicht so beschlossen. Ein Holzbau ist nachhaltig. Es handelt sich um nachwachsenden Rohstoff. Die nächste Generation wird davon profitieren können. Holz speichert das CO₂.

Holz ist außerdem lokal. Wir haben jedes Jahr 80 Mio. Kubikmeter Zuwachs an Holz. Das reicht locker, um den gesamten Wohnungsneubau in der Bundesrepublik Deutschland zu stemmen. Es ist also ein Baustoff, der vorhanden sowie vernünftig und ökologisch ist. In der gesamten Ökobilanz eines Baus, inklusive Dämmstoffe, Beton und was man sonst noch alles braucht, ist Holz deutlich überlegen. Wenn diese große Holzbausiedlung der Bundesrepublik Deutschland nicht als ökologisches Muster bezeichnet werden kann, dann weiß ich nicht, was man so nennen kann.

Im Übrigen legen wir keinen Wert darauf, weitere Leuchtturm-Projekte als singuläres Ereignis zu produzieren. Worum geht es, wenn Steuergelder eingesetzt werden? Es geht darum, ein Best-Practice-Beispiel zu haben, das dazu führt, dass auch wirklich viele so bauen und es vor allem auch können. Das hat wieder mit Ökonomie zu tun. - (Zwischenruf) - Ich brauche nicht nur einen Leuchtturm, der leuchtet, sondern einen, der reproduzierbar ist. Das ist der wesentliche Gesichtspunkt.

Nun zum Thema Energetik. Sie haben gesagt, es sei ein wegweisendes Energiekonzept vorhanden gewesen. Jeder, der gestern Nachmittag bei der Veranstaltung der GEWOFAG war, weiß, dass es eigentlich nicht mehr so ist. Die Fachleute unter uns wissen das schon eine ganze Weile. Richtig ist: Der Klimaschutz bedeutet, wir müssen CO₂ einsparen. Das diskutieren wir immer wieder. Die Reduzierung von CO₂ ist aber auch im Fernwärmebereich gegeben. Die Fernwärmeperspektive 2040 sagt, dass die Fernwärme regenerativ erzeugt werden soll. Richtig ist, im Moment geschieht es über Kohle. Aber Sie haben vergessen zu erwähnen, dass es sich um

Kraft-Wärme-Kopplung handelt. Wir wissen genau, welche guten ökologischen Effekte dadurch synergetisch erzielt werden. Sie haben ganz vergessen zu erzählen, dass wir die Umstellung vom Dampf- auf Heißwassernetz machen, was ein enormer ökologischer Effekt ist, was wir auch im Klimaschutz-Aktionsprogramm als CO₂-Einsparung evaluieren.

All diese Dinge sind ein bisschen untergegangen. Sehr wohl ist Fernwärme eine ökologische Heizungsart. Herr Prof. Dr. Hausladen, der für seinen Sachverstand bekannt ist, hat gesagt, es gibt keine bessere energetische Versorgung, insbesondere in einem so verdichteten Raum wie München.

Wie geht man dann in einem so verdichteten Stadtbereich wie dem Gelände der Prinz-Eugen-Kaserne ökologisch und ökonomisch vor? Im gesamten restlichen Bereich des Geländes ist Fernwärme bereits vorhanden. Warum sollte dann nicht auch dieser Abschnitt mit Fernwärme beheizt werden? Das ist die einfachste, preiswerteste und vor allem schnellere Möglichkeit. Wenn sich Baugemeinschaften und Genossenschaften über ihr gemeinsames Energiekonzept einigen müssen, dann vergeht viel Zeit, und es entstehen hohe Planungskosten. Diese vermeidet man, und man hat trotzdem eine ökologische Energieversorgung.

Was heißt das beim Standard? Ich zitiere Prof. Hausladen: EH 70 auf der Basis EnEV 09 ist ein sehr guter Wärmedämmstandard. Es ist anders, als Sie es neulich im Planungsausschuss gesagt haben. Dieser Dämmstandard ist besser als das, was ab 01. Januar 2016 gilt. Selbst auf Bundesebene gibt es die Überlegung, diese Regelung auszusetzen, weil dadurch die Kosten enorm in die Höhe gehen.

München baut diesen Standard seit vielen Jahren. Das hat der Stadtrat beschlossen und fördert es in allen Wohnbereichen, auch im geförderten Wohnungsbau. Die Wärmedämmung sorgt dafür, dass die Nebenkosten langfristig in einem vernünftigen Bereich bleiben. Man muss davon ausgehen, dass die Heizkosten künftig nicht steigen, sondern wegen des hohen Anteils an regenerativen Energien langfristig sinken werden. Warum sollen wir über das Vernünftige hinausgehen? Weil wir die Vision haben, dass wir gar keine Energie in Gebäuden brauchen? Eine Veranstaltung zur Evaluierung verschiedener Häuser in Riem hat uns deutlich gezeigt, dass es nicht so sein wird. Es nützt nichts. Sie können ein Plus-Energiehaus, ein Passivhaus bauen, aber die neue Technik ist so teuer und energieverbrauchend, dass es sich nicht rechnen wird. Einen solchen Leuchtturm braucht auch München nicht in die Welt zu setzen. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern. (Beifall von der SPD)

Wir werden sehen, ob aufgrund dieser Projekte nicht nur Leuchttürme, sondern wirkliche Best Practice Beispiele entstehen werden. Ihrem Antrag können wir leider nicht zustimmen. Es liegt noch ein weiterer Änderungsantrag vor, der sich unter anderem auf den Kriterienkatalog bezieht, den wir geändert haben. Ursprünglich hieß es, bei der Ausschreibung für dieses Grundstück ist zusätzlich ein Effizienzhaus 40 oder ein Passivhaus mit vorgesehen.

Bei den ohnehin teuren Grundstückspreisen wollen wir aber nicht, dass die Bewerber der Baugemeinschaften noch zusätzliche Kosten haben, die sich niemals rechnen werden. Nach 50 Jahren hat man keine Amortisation, die Technik ist längst veraltet und muss neu gebaut werden. Wegen dieser zusätzlichen Kosten gehen die Baugemeinschaften nicht in einen Wettbewerb. Hätten Sie das Ohr an den Baugemeinschaften, wüssten Sie, sie machen nur etwas, wenn es für sie wirtschaftlich ist.

Der Mindeststandard, den wir vorgeschlagen haben und den der Planungsausschuss so beschlossen hat, ist das Effizienzhaus 70. Wer etwas Besseres verwirklichen möchte, kann das jederzeit machen. Es wird am Geldbeutel gemessen, ob sich für den Eigentümer ein kleineres Gebäude - nicht gerade im Geschosswohnungsbau - anders rechnet und er es verwirklichen will. Das begrüße ich total. Wir lehnen aber als Generallinie ab, möglichst viel Geld, das nie wieder herauskommt, hineinzustecken. Es bringt auch keine ökologischen Vorteile im Sinne einer CO₂-Einsparung. Danke schön! - (Beifall der SPD)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es unverständlich, warum man hier auf den KfW 70-Standard zurückfällt. Wir haben es gehört, private Bauherren bauen heute in der Regel KfW 40, KfW 55, ambitionierte Bauherren noch wesentlich niedriger. Und privaten Bauherren hält man in der Regel vor, sie könnten wesentlich besser rechnen als öffentliche Bauherren.

Es gibt einen Grund, warum man in München immer wieder von einem ambitionierten Klimaschutz abweicht, obwohl die Ökologische Mustersiedlung Teil des IHKM ist, sprich die CO₂-Einsparungen sind eingepreist: Man weicht ab, weil man den Stadtwerken weiterhin die Möglichkeit geben will, ihr Fernwärmenetz auszubauen. Frau Rieke, wenn es für Sie ein Mindeststandard ist, private Bauherren aber nach unten abweichen und ambitionierter bauen können, muten Sie den Stadtwerken zu, ein Fernwärmenetz in eine Gegend zu bauen, in der der Absatz zu gering ist.

Schon bei einem KfW 70-Haus in dieser Dichte ist es für die Stadtwerke eine Nullrechnung. Es wird sich nicht rentieren, dort zu bauen. Wir haben gehört, die Stadtwerke geben Häuser im Wert von 200 Mio. € ab, weil die Rendite von 3,5 % zu gering ist. Dieses Fernwärmenetz wird sich nicht gewinnbringend betreiben lassen, weil die Energieabnahme viel zu gering ist. Je mehr Menschen dort ambitioniert bauen, desto weniger wird es sich rechnen.

Wir sollten nicht an einer Energieversorgung festhalten, die in Zeiten hoher Energieabnahme, schlecht isolierter Häuser und dichter Innenstadtbebauung richtig war. Über dieses Zeitalter sind wir hinweg. Die Fernwärme wird sich nur noch in Nischen, in Altbeständen halten können. Wer glaubt, Fernwärmenetze auf neue Siedlungen ausdehnen zu müssen, schadet unseren Stadtwerken.

Deswegen tragen wir Punkt 2 des Änderungsantrages der Grünen nicht mit. Punkt 1 ist mit unserem Änderungsantrag identisch. In Punkt 1 neu Ihres Hilfsantrages halten Sie aber an der Fernwärmeversorgung fest. Das halten wir für einen Fehler. Das wird sich nicht rechnen und zu finanziellen Belastungen führen. Fernwärme hat in neuen Siedlungen nichts zu suchen. Klargestellt werden müsste, was KfW 70 nach jeweils gültiger EnEV bedeutet. KfW 70 bezieht sich, so glaube ich, auf ein Referenzhaus, das sich nicht verändern wird. Von der Intention wäre das richtig. Am Fernwärmenetz wollen wir aber nicht festhalten. Danke!

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Danner, in einem Punkt folge ich Ihnen völlig. Ich bin auch gegen Anschluss- und Benutzerzwang bei der Fernwärme. Warum sollen wir das nicht den Bauherren überlassen? Der Wettbewerb wird schon zeigen, was man will. Ich weiß nicht, ob es immer eine ökonomische Entscheidung des Bauherrn ist, denn ein Bauherr hat durchaus unterschiedliche Betrachtungen. Es kann durchaus sein, dass er etwas weniger Ökonomisches, aus seiner Sicht aber etwas Ökologisches tut. Das ist seine private Entscheidung. Deswegen funktioniert der Hinweis auf Best Practice nicht, wenn ich ein Füllhorn von Subventionen ausschütte.

Natürlich haben wir gesagt, wir wollen dort eine Ökologische Mustersiedlung bauen. Wir haben aber nicht gesagt, wir wollen ein Füllhorn an Subventionen ausschütten. Das muss sich über die Nachfrage regeln. Ich bin fest davon überzeugt, in München gibt es Bauherren, die ohne Subventionierung Holzbauweise machen. Warum jetzt 13,6 Mio. €, vorher waren es 17,5 Mio. €? Es ist völlig falsch, nochmals zusätzliche Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Das normale

Energieeinsparprogramm des RGU reicht vollkommen aus. Das kann jeder nutzen, wir brauchen nichts zusätzlich. Deshalb haben wir den Antrag am Ende abgelehnt. Wir glauben, es ist der falsche Weg. Dabei bleiben wir auch hier in der Vollversammlung.

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Danner hat bereits einiges gesagt. Ich möchte nur allgemeine Dinge zur Historie einbringen. Es gab die Historie der Ökologischen Mustersiedlung in der Prinz-Eugen-Kaserne, aber auch die Historie der Plus-Energiehäuser und des Plus-Energiedorfes. Diese Historie ist bekanntlich mit der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 verbunden. Im Stadtrat war es mit der Ausnahme von DIE LINKE. absoluter Konsens, die Olympiabewerbung mitzutragen, wenn die Olympischen Dörfer im Plus-Energiestandard gebaut werden. Es war eine große Euphorie und es gab den ersten Wettbewerb für das Olympische Dorf im Olympiapark. Es ist ein tolles Konzept herausgekommen.

Damals wollten wir das nicht sterben lassen. Wir haben viel Input reingesteckt, es ist viel darüber nachgedacht worden und wir wollten es woanders verwirklichen. So kam man dazu, die Ökologische Mustersiedlung zur Plus-Energiesiedlung zu machen. Die Holzständerbauweise kam später dazu.

Es ist ein absoluter Rückschritt, dass wir diese „Plus-Energie“ wieder zurückgenommen haben. Auch Frau Dr. Pilz-Strasser hatte es hier bereits gesagt: Es ist wie bei der Fröttmaninger Heide eine Konterkarierung eines Bürgerbeteiligungsprozesses, der viele Jahre gedauert hat. Kurz vor Schluss wird die Bremse gezogen, und es wird gesagt: „Ällabätsch“, wir wollen es ganz anders. Es ist mir völlig unverständlich, wie man so etwas mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort machen kann. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Zur SPD: Der Antrag kommt von der SPD. Wir haben viele Jahre zusammengearbeitet, es war nicht einfach in diesen Jahren ... - (Heiterkeit) - ... das kann ich bestätigen. Liebe Heide Rieke, wir haben es aber immer wieder geschafft, einen Kompromiss miteinander zu finden. Ich finde es wahnsinnig schade, dass dieser Weg nun aufgegeben wird. Nun seid Ihr uns endlich los, und Ihr könnt endlich wieder die Fernwärme pushen! - (Heiterkeit) - Ich finde es sehr, sehr schade. - (Unruhe) - Es ist nicht der richtige Weg für die Stadt München. Diese Prozesse waren nicht unbeachtet, wir haben uns das überlegt. Nun wieder alles zurückzuschieben, finde ich sehr schwierig.

Holzbau alleine ist einer Ökologischen Mustersiedlung nicht würdig. Man müsste es Ökologische Holzbausiedlung oder so ähnlich nennen. Es gibt sehr viel Holzbau auf der Welt, ebenso Holzbausiedlungen. Schön, dass München auch so weit ist. Ich bin absolut bei Ihnen, dass wir das vermehrt machen sollten, Holzbau alleine kann aber nicht der Weg sein.

Diese Siedlung war auch da, um zukunftsweisende Energiekonzepte aufzuzeigen. Über die Standards will ich nicht reden, das ist ein anderes Thema. Ich kann ein innovatives Energiekonzept nur auf den Weg bringen, wenn ich keine Fernwärme habe. Nur so ist ein Anreiz für die erneuerbaren Energien Photovoltaik, Solarthermie, Biomasse oder Tiefenwärme gegeben. Ich kann aufzeigen, wie man innovative Energiekonzepte auch für die Gebiete auf den Weg bringen kann, die nicht an die Fernwärme angeschlossen sind. Davon haben wir in München sehr viele. Im Planungsausschuss, in dem ich in der letzten Periode noch war, war es immer Konsens, für diese Gebiete ohne Fernwärmeanbindung möchte man innovative Energiekonzepte haben und sie dort ausprobieren.

Wir sind sogar nach Hamburg zur Internationalen Bauausstellung gefahren, um uns dort sehr innovative Häuser anzuschauen. Es waren energieeffiziente Holzbauhäuser, sie sollten Anregung für die Ökologische Mustersiedlung sein. Es war nett, aber der Output für München ist gleich Null. Das finde ich sehr, sehr schade.

Zur CSU: Ich finde es sehr bedauerlich, dass sich die CSU zu diesem Thema tot stellt. - (Heiterkeit) - In der letzten Periode hatten Sie Herrn Dr. Kronawitter, der sich als Einziger mit diesem Thema beschäftigt hat, sehr engagiert. Herr Dr. Kronawitter war kein Verfechter der Fernwärme, sondern der dezentralen Energiesysteme. Es ist eigenartig, dass die CSU einen Beschluss mitträgt, der die Fernwärme in einem Gebiet pusht, für das man andere Beschlüsse gefasst hat. Die Dezentralität wäre eine Chance gewesen, etwas Neues auf den Weg zu bringen.

Ich hätte noch eine Frage an die neue Umweltreferentin: Frau Jacobs, in dieser Stadt haben wir sehr ehrgeizige Ziele zur CO₂-Reduzierung. Glauben Sie, wir können sie einhalten, wenn wir nicht neue innovative Wege gehen, sondern immer nur auf Fernwärme setzen, die nicht mit neuen innovativen, regenerativen Energien betrieben wird, sondern mit Kohle? Nach einem so langen Prozess finde ich es sehr schade, dass aus der ökologischen Siedlung nur eine Holzbausiedlung werden wird. Das ist schön, aber aus unserer Sicht viel zu wenig. Vielen Dank. - (Vereinzelt Beifall)

StRin Rieke:

Liebe Kollegin Krieger! Nun kann ich natürlich nicht sagen: Nein, wir sind nicht froh, dass wir Euch los sind. So krass ist es tatsächlich nicht. - (Heiterkeit) - Wir hatten eine gute und befruchtende Zusammenarbeit, auch, wenn es extrem anstrengend war. Das war aber auch auf unserer Seite so. Weil wir viele ähnliche Gedanken gehabt haben, hast Du recht mit den letzten Ausführungen. In einem Gebiet, in dem es keine Fernwärme gibt, sollte ein regeneratives, alternatives Energiekonzept entwickelt werden, damit man dort regenerativ und nicht mit Gas und Öl heizen kann.

Die Prinz-Eugen-Kaserne ist aber nicht ein solcher Ort. Die Prinz-Eugen-Kaserne hat Fernwärme, der Abschnitt hat noch keine. Es ist ein dicht besiedeltes Gebiet, in das die Fernwärme ohne Weiteres hingelegt werden kann. In den verschiedensten Gebieten im 24. Stadtbezirk gibt es Bereiche, in denen es keine Fernwärme gibt und es auch nicht geben wird, weil der Weg zu lang wäre. Dort könnte man regenerative Energien auf die Beine stellen. Wir sollten uns also nach der richtigen Fläche umsehen. Damit hast Du auch genau den Kern getroffen, den ich auch meinte.

Selbstverständlich ist es sinnvoll, wo man Fernwärme hat, diese Energie zu nutzen. Wo es die Fernwärme nicht gibt, müssen wir uns Gedanken machen, wie man ein Plus-Energiedorf bauen kann. Den Kollegen Kronawitter haben wir auch bei der gestrigen Veranstaltung gesprochen. Auch er findet den Fernwärmeanschluss vernünftig.

Kurz zur Holzbauförderung: Herr Kollege Dr. Mattar, der Holzbau ist hier zu kurz gekommen. Wenn wir diesen per Antrag herausgenommen hätten, hätte es einen Aufschrei gegeben. Sie mögen recht haben, mancher verwirklicht den Holzbau. Es ist auch eine alte Kunst. Heute im verdichteten München brauchen wir Geschosswohnungsbau. Im Geschosswohnungsbau gibt es wenig Erfahrungen und wenige Betriebe, die sich darauf einstellen. Es gibt keine Standards, deswegen ist es sinnvoll, das an einem Best Practice Beispiel auszuprobieren und zu fördern. Das bedeutet nicht 100 % Holz, aber einen möglichst hohen Anteil. Dies auszuprobieren, das ist uns die Förderung wert.

Nun zum Kollegen Ruff: Den ambitionierten Baustil gibt es in vielfacher Hinsicht, mit Dämmung hat das nichts zu tun. Dämmung ist kein Selbstzweck. Die Dämmfunktionen sind dazu gedacht, ein Haus - bezogen auf die regenerativen Energien - möglichst energiearm nutzen zu können. Wenn Sie ein Energieversorgungskonzept haben, das eine bestimmte Menge leisten kann, müssen Sie umgekehrt darauf den Dämmstandard ausrichten. Das ist für die Fernwärme aber nicht der Fall.

Dämmung ist kein Selbstzweck und hat nichts mit ambitioniert oder nicht ambitioniert zu tun, sondern mit praktischen Erwägungen. Danke!

Bfm. StRin Jacobs:

Frau Krieger, man sollte grundsätzlich ein Fernwärmenetz nutzen, wenn es da ist. Dahinter steht die Frage: Wodurch wird dieses Fernwärmenetz gespeist, wie ist der Energieträger? Geothermie ist ein neuer Ansatz, den ich gut finde. Bei den anderen Energieträgern muss man schauen, wie sich die CO₂-Bilanz des Netzes gestaltet.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL, den ursprünglichen Antrag der Referentin beizubehalten, wird gegen die Stimmen der Antragstellerin, der ÖDP, von DIE LINKE. und gegen die Stimme von Stadtrat Richter **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von ÖDP und DIE LINKE wird gegen die Stimmen der Antragsteller und von Bündnis 90/Die Grünen/RL **abgelehnt**.

Der Hilfsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird punktweise abgestimmt:

Punkt 1 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, Stadtrat Richter und Stadtrat Wächter **abgelehnt**.

Punkt 3 wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und die ÖDP **abgelehnt**.

Punkt 4 neu wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und die ÖDP **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Abstimmung richtet sich mitnichten gegen das Holzbauprojekt. Seit vielen Jahren haben wir uns immer wieder politisch und beruflich dafür ausgesprochen. Die Holzbausiedlung ist hervorragend, das ist keine Frage. Unter einer ökologischen Mustersiedlung verstehen wir definitiv etwas anderes. Wir bedauern es sehr, dass die energetischen Standards heute zum großen Teil gekippt worden sind.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 12:41 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 21. Oktober 2015

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll